

Semiramis Akbari

# **Iran zwischen amerikanischem und innenpolitischem Druck**

**Rückfall ins Mittelalter oder  
pragmatischer Aufbruch?**

HSFK-Report 1/2004



**Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung**

Redaktionsschluss für diesen Text war der 10. März 2004.

© **Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)**

Adresse der Autorin:  
HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main  
Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81  
E-Mail: akbari@hsfk.de · Internet: <http://www.hsfk.de>

**ISBN: 3-933293-93-6**

Euro 6,-

## Zusammenfassung

Die Islamische Republik Iran (IRP) unterliegt nicht nur amerikanischer, sondern auch innenpolitisch neu orientierter Einflussnahme. Der innenpolitische Druck resultiert insbesondere aus Machtkämpfen zwischen Konservativen und Reformern. Druck aus den USA gibt es verstärkt seit dem 11. September 2001, vor allem wegen der iranischen Atompolitik. Der Ausgang der Parlamentswahlen vom 20. Februar 2004 zu Gunsten der so genannten „Konservativen“, und damit verbunden das vorläufige Scheitern der Reformen, wird von Washington und Europa als Beleg für den Stillstand des Landes angesehen. Einige Beobachter befürchten sogar, dass es zu einem Rückfall ins Mittelalter kommen werde. 25 Jahre nach der Islamischen Revolution ist aber innerhalb der politischen Elite ein pragmatischer Grundtenor zu beobachten, der gegen solche Befürchtungen spricht. Das heutige politische Denken hat sich in Richtung eines pragmatischen Aufbruchs verändert. Vor allem seit dem Angriff der USA auf den Irak (2003) zeichnet sich in Iran eine pragmatische Neuorientierung in Bezug auf die regionale und internationale Politik ab.

Trotz des massiven amerikanischen und innenpolitischen Drucks konnten die im Westen als konservativ geltenden Verhandlungspartner eine militärische Eskalation vermeiden. Die unterschiedlichen Rollen, die Iran und die USA in Bezug auf die Irakkrise und die Atompolitik einnehmen, stellen seit der Islamischen Revolution von 1979 einen Höhepunkt der ohnehin angespannten Beziehungen dar. Mit den neu formulierten Strategien der „Ausdehnung der aktiven Neutralität im Post-Saddam-Irak“ und der „friedlichen Nutzung des Kernenergieprogramms“ lässt die politische Elite in Iran die Hoffnung zu, dass sie nach einer nicht nur kurzfristigen friedlichen Lösung der Konflikte suchen will. Die veränderte sicherheitspolitische Lage führt dazu, dass die Konservativen mehr denn je ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass auf Dauer die Islamische Republik ohne die politische Anerkennung der USA nicht als regionaler Hegemon fungieren kann und langfristig isoliert wäre. Erst durch einen hohen Grad an Pragmatismus einerseits und einen extremen Positionswechsel andererseits konnten einheitliche Strategiepfade festgelegt werden. Angesichts der US-Präsenz in den Nachbarstaaten Irak, Türkei, Saudi Arabien, Afghanistan, Pakistan sowie in den zentralasiatischen Staaten Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan wird aus Gründen der Staatsräson eine Anpassung an internationale Normen notwendig. Die pragmatische Anpassungspolitik nach außen soll aber auch einem Implosionsprozess im Inneren entgegenwirken. Beobachter waren davon ausgegangen, dass die iranische Regierung dem doppelten Druck nicht standhalten würde. Das Regime hat sich aber als stabil und leistungsfähig erwiesen.

Die Analyse der Neuorientierung der regionalen (am Beispiel Irakpolitik) und internationalen Außenpolitik (am Beispiel Nuklearpolitik) Iras unter Berücksichtigung innenpolitischer Faktoren ermöglicht es, die Logik iranischer Sicherheitsstrategien zu erfassen und die Aussichten auf eine Annäherung zwischen den Kontrahenten Iran und USA perspektivisch zu untersuchen. In der Analyse werden folgende Faktoren berücksichtigt: das Verhältnis zwischen „Moderne“ und „Tradition“, die Transformation des Herrschaftscharakters im nachrevolutionären Iran, die Selbstbild- und Feindbildkonstruktion, der

„Pragmatismus“ und schließlich das in Iran selbst entstandene Konzept der „inhärenten Wandelbarkeit“.

Mit Hilfe dieses zentralen Konzepts will ich insbesondere die im Westen vorherrschende Kategorisierung der politischen Parteien und Positionen in „Reformer“ und „Konservative“ aufbrechen. Darüber hinaus möchte ich aufzeigen, dass das politische Denken in Iran, das überwiegend durch die Religion bestimmt wird, nicht statisch sondern dynamisch ist. Das heißt, dass sich Konservative aus realpolitischen Gründen zu Pragmatikern wandeln können. Abschließend möchte ich erörtern, ob sich der Gottesstaat in einem Lernprozess befindet und ob ein pragmatischer Abbau des Feindbildes USA und seine Umsetzung in die politische Praxis den Wendepunkt zu einer Entspannungspolitik markiert.

Die Strategie der bewusst neutralen Position im Irakkrieg und danach erklärt sich primär aus den amerikanischen Drohgebärden, die ein präventives Vorgehen gegen Iran befürchten ließen. Aus der Sicht Teherans ist ein weiterer Grund darin zu sehen, dass ein stabiler Irak zur Stabilisierung am gesamten Persischen Golf beitragen kann. Vor diesem Hintergrund bemüht sich Iran um eine friedliche Koexistenz und fordert einen rechtsstaatlich und demokratisch orientierten, unabhängigen Irak. Im Übrigen ist das iranische Sicherheitsdenken das Resultat der Nuklearpolitik der nicht-offiziellen Kernwaffenstaaten Israel, Indien und Pakistan. Alle drei Staaten weigerten sich bisher, den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) zu unterzeichnen. Die Sonderbehandlung Israels durch die USA machte es dem Nichtverbreitungsregime schwer, der iranischen Seite zu erklären, dass sie keinen Anlass habe, Expertise und Komponenten im Bereich der Kernenergie zu erwerben.

Eine dauerhafte Verbesserung des Verhältnisses Teheran-Washington wird durch eine Vielzahl innen- und außenpolitischer Faktoren erschwert. Vor allem die Nachwirkungen der Besetzung der amerikanischen Botschaft in den frühen Revolutionsjahren (1979/80) haben die bilateralen Beziehungen Irans zur Hegemonialmacht USA nachhaltig beeinflusst. Hinzu kommt die Perzeption von historischen Unrechtserfahrungen, wie z.B. der Sturz Mossadeghs (1953) mit Hilfe der CIA. Dieser erzeugte einen latenten Antiamerikanismus in der iranischen Gesellschaft. Der Antiamerikanismus wurde von der Regierung der Islamischen Republik, allen voran vom charismatischen Revolutionsführer, aufgegriffen und intensiviert. Das Feindbild USA und das neue, auf islamisch-historischen Analogien basierende Selbstbild formierten die Legitimationsgrundlage für die Herrschaft „des Herrschenden Rechtsgelehrten“ bis 1989.

Den Höhepunkt der bilateralen Spannungen stellte die Islamische Revolution 1979 dar. Sie war aus iranischer Sicht eine politisch-soziale Protestbewegung gegen den amerikanischen Imperialismus, gegen die ungleiche Machtverteilung im internationalen System. Sie war gleichzeitig aber auch der Ausdruck des Unabhängigkeitsstrebens eines auf islamischen Grundsätzen basierenden Staates. Die „Kleokratie“ (das heißt die direkte Herrschaft des Klerus) als Staatsform stellte auch innerhalb des „schiitischen Staatsdenkens“ einen revolutionären Ansatz dar. In den Augen der USA war die Islamische Revolution eine Bewegung gegen die Moderne, denn sie wurde als Geburtsstunde des islamischen Fundamentalismus interpretiert. Die amerikanische Iranpolitik beschränkte sich

dementsprechend auf Druckmittel wie Drohung, Einschüchterung, Einfrieren von Bankkonten und Embargopolitik. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 traten die USA als Sicherheits-, Führungs- und Ordnungsmacht auf, um den Weltfrieden wieder herzustellen und in den islamischen Ländern die Demokratie zu verbreiten. Iran wurde zu den so genannten „Schurkenstaaten“ gezählt, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen.

Die Verbesserung der bilateralen Beziehungen Irans zu den USA, die Schaffung einer friedlichen Struktur am Persischen Golf und die damit einher gehende wirtschaftliche und politische Stabilisierung können nur durch vertrauensbildende Maßnahmen erreicht werden. Entwickelt werden müssen Ansätze zur regionalen Rüstungskontrolle einerseits und alternative Konzepte zum derzeit dominierenden westlichen Demokratisierungsmodelle andererseits. Das heißt auch, dass eine erfolgreiche Demokratisierung im Nachbarland Irak, quasi mit Vorbildfunktion, nur unter der Berücksichtigung der politischen Kultur, Religion und Tradition des Landes erreicht werden kann. Die derzeit in Iran geführten Diskurse über einen religiös-demokratischen Staat könnten dazu beitragen, dass sich die Kluft zwischen demokratischen Norm- und Ordnungsvorstellungen und Religion verringert.

Der Lernprozess der politischen Elite, der eine pragmatischere Orientierung beinhaltet, könnte zum Abbau des Feindbilds USA beitragen. Aufgrund der „inhärenten Wandelbarkeit“ des politischen Systems ist es nicht ausgeschlossen, dass aus den Reihen der Konservativen wieder Reformen hervorgehen, die den pragmatischen Kurs fortsetzen können. Mehr Aufschluss werden die im Mai 2005 anstehenden Präsidentschaftswahlen geben. Als aussichtsreicher Kandidat gilt der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Hassan Rowhani, der die Verhandlungen um das iranische Atomprogramm geführt hat. Rowhani kann als Integrationsfigur der Konservativen und Pragmatiker einen neuen Weg einschlagen: die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	1
<b>2. Veränderte Sicherheitslage Irans – Außenpolitische Herausforderungen auf internationaler und regionaler Ebene</b>	4
<b>3. Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Iran und den USA</b>	7
3.1 Hinwendung zu den Vereinigten Staaten unter der Pahlavi-Dynastie (1925-1979)	7
3.2 Islamische Revolution: Außenpolitischer Konflikt mit Washington	10
3.3 Wirkung der Feindbildkonstruktionen	11
3.4 Innenpolitischer Wandel: Vom Revolutionsexport zum Pragmatismus	12
3.5 Probleme der Dekonstruktion von Feindbildern in der Khatami-Ära	16
<b>4. Irans regionale Außenpolitik am Beispiel des Irak</b>	19
4.1 Strategie der „aktiven Neutralität“ im Irakkrieg 2003 – Ergebnis des ersten Golfkriegs?	19
4.2 Iran zwischen innenpolitischem Streit und außenpolitischer Krisenbewältigung	21
4.3 Ausdehnung der Strategie der „aktiven Neutralität“ im Post-Saddam-Irak 2003/2004	22
4.4 Innerreligiöse Konflikte im Irak und deren Auswirkungen auf die Islamische Republik	23
<b>5. Irans internationale Außenpolitik am Beispiel der Atompolitik</b>	26
5.1 Atompolitik in der Schah-Ära	26
5.2 Atompolitik im postrevolutionären Iran	27
5.3 Die regionale Logik der iranischen Sicherheitsstrategie (esterategi-ye amniati)	29
5.4 Positionen der Reformer, Erzkonservativen und pragmatisch orientierten Konservativen zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag	31
5.5 Die erfolgreiche Strategie des „friedlichen Charakters des Kernenergieprogramms“	32
<b>6. Fortsetzung der pragmatischen Außenpolitik?</b>	34
6.1 Präsidentschaftswahlen 2005 – Wer ebnet dem friedlichen pragmatischen Aufbruch den Weg?	34
6.2 Lernprozess im Gottesstaat	35
<b>Anhang</b>	39





## 1. Einleitung

Nach den Anschlägen des 11. September ist die Islamische Republik Iran (IRP) ins Visier der USA gerückt. In seiner „State of the Union“-Ansprache vom Januar 2002 zählte George W. Bush neben dem Irak und Nordkorea auch Iran zur „Achse des Bösen“. Die seither von den Vereinigten Staaten verfolgte Außenpolitik, die eine Kampfansage an den islamistischen Terrorismus ist, hat die Sicherheitslage in der Region des Persischen Golfs und am Kaspischen Meer nachhaltig verändert. Iran sieht sich zunehmend von den USA nahestehenden Staaten umgeben. Der Druck auf Teheran, sich der amerikanischen Neuordnung im Mittleren Osten zu fügen, wächst.

Das weltweite Interesse an den innen- und außenpolitischen Entwicklungen des Landes ist groß. In den europäischen und amerikanischen Medien wird kontrovers über eine mögliche Eskalation oder Entspannung der bilateralen Beziehungen Teherans zu Washington diskutiert. Anlass zur Diskussion gibt es mehr als genug. 25 Jahre nach der Islamischen Revolution muss sich der islamische Staat auf internationaler und regionaler Ebene neu behaupten. Die Parlamentswahlen vom Februar 2004 brachten einen deutlichen Vorsprung für die konservativen Kräfte.<sup>1</sup> Das scheinbar klare Ergebnis impliziert jedoch nicht, dass der Rückhalt innerhalb der Bevölkerung für diese Kräfte entsprechend groß wäre. Viele westliche Beobachter befürchten einen Rückfall ins Mittelalter oder konstatieren, der innen- und außenpolitische Druck führe zu einer Implosion des politischen Systems. Dies widerspricht jedoch dem Befund, dass der heutige Iran stabiler und leistungsfähiger ist als viele vermuten. Innenpolitische Reformen auf der parlamentarischen Ebene sind zwar vorerst gescheitert<sup>2</sup>, doch schließt das nicht aus, dass aus den Reihen der Konservativen (*mohafezeh karan*) pragmatisch orientierte Kräfte (*amalgara*) hervorgehen können.

Die derzeitige Sicherheitslage wie auch die innenpolitische Situation Irans machen eine umfassende Analyse der jüngsten strategischen Entwicklungen in der Außenpolitik der Islamischen Republik notwendig. Dieser HSKF-Report geht der zentralen Frage nach, welcher politische Spielraum Iran angesichts der neu entstandenen Sicherheitslage auf regionaler und internationaler Ebene bleibt, und er versucht, unter Berücksichtigung der innenpolitischen Faktoren die verschiedenen politischen Optionen perspektivisch auszuloten. Im ersten Kapitel beleuchtet der Report ausführlich die veränderte Sicherheitslage des Landes und behandelt die hiermit verbundenen außenpolitischen Herausforderungen und Probleme für Teheran. In diesem Zusammenhang richtet sich der Blick auf das Verhältnis Teherans zu den pro-amerikanischen Nachbarstaaten Afghanistan, Pakistan, den zentralasiatischen Staaten, Irak, Türkei und Saudi-Arabien. Da die veränderte Sicherheitslage Irans mit der Neudefinition der amerikanischen Interessen zusammenhängt,

1 Die Wahlbeteiligung betrug 50 Prozent und damit viel mehr, als die Reformer erwartet hatten.

2 Vgl. Semiramis Akbari, Iran fällt nicht ins Mittelalter zurück. Kein Reformende nach Sieg der Konservativen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 24. Februar 2004, S. 5.

fließen die ideologischen, ökonomisch-strategischen und militärischen Interessen Washingtons mit in die Analyse ein.

Um die sozio-politischen Faktoren, die eine Neuorientierung in der iranischen Außenpolitik auf regionaler und internationaler Ebene bewirken, aufzeigen zu können, wird im zweiten Kapitel zunächst auf die historischen Entstehungsbedingungen dieser Entwicklung eingegangen. Hier geht es um das Verhältnis zwischen Moderne und Tradition, die Transformation des Herrschaftscharakters nach Max Webers, die inhärente Wandelbarkeit der vorherrschenden Positionen im Sinne Abdol-Karim Sorushs<sup>3</sup> sowie die Selbstbild- und Feindbildkonstruktionen in Iran. Untersucht werden insbesondere die Faktoren, die zu der angespannten Lage zwischen den USA und den Iran beigetragen haben: die Langzeitwirkung der Geiselnahme von 1979, die ideologische und finanzielle Unterstützung der Hizbollah (Partei Gottes)<sup>4</sup> und die Ablehnung des Nahost-Friedensprozesses. Der historische Rückblick lässt sich in vier Abschnitte unterteilen: die Hinwendung Irans zu den USA unter der Pahlavidynastie (1925-1979); die Islamische Revolution (1979) und der außenpolitische Konflikt mit den Vereinigten Staaten; der innenpolitische Wandel hin zum Pragmatismus unter dem Staatspräsidenten Rafsanjani (1989-1997); die Khatami-Ära (1997).

Nach der allgemeinen Beschreibung und Analyse der bilateralen Beziehungen zwischen Teheran und Washington widmen sich die folgenden Kapitel der Analyse zweier Fallbeispiele: Die Neuorientierung Irans auf regionaler Ebene wird anhand seines Verhältnisses zum Irak seit dem ersten Golfkrieg (1980) bis hin zum Post-Saddam-Irak 2003/2004 beleuchtet. Auf internationaler Ebene wird die iranische Nuklearpolitik vor dem Hintergrund der bilateralen Beziehungen zu den USA reflektiert. Abschließend wird erörtert, inwieweit Iran eine insgesamt einheitliche Strategie der Kooperation oder Konfrontation mit den USA verfolgt und ob dem System hinreichende Wandlungsfähigkeit attestiert werden kann, um von einer Neuorientierung hin zu außenpolitischem Pragmatismus zu sprechen.

Ziel der Arbeit ist es nicht, die politische Parteienlandschaft und die Machtstrukturen im Einzelnen nachzuzeichnen, sondern die vorherrschende Kategorisierung in Reformeure und Konservative durch ein differenziertes Bild zu ersetzen. So stellen beispielsweise die Konservativen keinen einheitlichen, monolithischen Block dar. Zu ihnen zählen verschie-

3 Die Theorie der inhärenten Wandelbarkeit geht auf den iranischen Philosophen Abdol-Karim Sorush zurück. Er trifft eine Unterscheidung zwischen der unveränderbaren Religion (din) und dem religiösen Wissen (marefat-e dini). Die Theorie basiert auf der Prämisse, dass religiöses Wissen und damit auch dessen Interpretationen wandelbar sind. Diese zentrale Theorie ist dem schiitischen Kontext entlehnt und wird in den Regionalstudien zur Klärung der innen- und außenpolitischen Entwicklungen in Iran herangezogen. Ich verwende dieses Konzept, da es zum einen aufzeigt, dass der Positionswandel in der Islamischen Republik legitim ist, zum anderen, weil es den hohen Stellenwert des Pluralismus innerhalb der schiitischen Gesellschaft sichtbar macht. Der adjektivische Gebrauch des „Inhärenten“ stellt einen wichtigen Hinweis auf die der schiitischen Tradition innewohnende Wandelbarkeit dar.

4 Die ideologische Bindung der iranischen und libanesischen Hizbollah erklärt sich dadurch, dass die Hizbollah 1982 vom damaligen iranischen Botschafter in Syrien gegründet wurde. Vgl. hierzu die offizielle Website der Hizbollah: [www.hizbollah.org](http://www.hizbollah.org).

dene Parteien mit unterschiedlichen Zielen und politischen Ambitionen.<sup>5</sup> Unter ihnen befinden sich sowohl radikale als auch gemäßigte Vertreter, die eine Kooperation mit den Pragmatikern um den ehemaligen Staatspräsidenten Rafsanjani nicht kategorisch ausschließen. Im Laufe der 25jährigen Geschichte der Islamischen Republik haben nicht nur die Reformer (*eslah-talaba*) ihre Beweglichkeit unter Beweis gestellt<sup>6</sup>, sondern auch die Konservativen. Wandlungsfähigkeit und Dynamik sind zwei Charakteristika, die das politische System trotz Reformrückschläge weiterhin aufweist.

Ich unterscheide zwischen drei Hauptströmungen: Reformer, Konservative und Pragmatiker. Innerhalb des konservativen Lagers wird zwischen den Erzkonservativen und den pragmatisch orientierten Konservativen unterschieden. Der Terminus „Pragmatismus“ umschreibt insbesondere die zunehmende Entsakralisierung der politischen Diskurse und Handlungen in der Khatami-Ära.<sup>7</sup> Zu den pragmatisch orientierten Konservativen zähle ich alle Akteure, die ein religiös-konservatives Verständnis des Islam haben, jedoch zugleich für wirtschaftlichen (*eqtesadi*), wissenschaftlichen (*elmi*) und technologischen (*fani*) Fortschritt (*pishraft*) stehen. Unter der Prämisse der nationalen Unabhängigkeit (*esteqlal*) verfolgen sie eine recht pragmatische Linie (*khate amalgari*), d.h., dass sie außenpolitisch auf Kooperation statt Konflikt setzen. Die politische Elite wird im siebten iranischen Parlament von den Abgeordneten der Gruppierung „*Abadgaran-e Irane eslami*“ (Die Kultivierenden des Islamischen Iran)<sup>8</sup> und charismatischen Persönlichkeiten, wie dem Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Hassan Rowhani, repräsentiert. Rowhani wird in den Medien eine Vermittlerrolle zwischen den Pragmatikern um Rafsanjani und dem Revolutionsführer zugeschrieben.<sup>9</sup>

5 Zu den Erzkonservativen zählen die 12 Mitglieder des Wächterrats, die Mitglieder des Expertenrats und teilweise die Freitagsprediger der verschiedenen Städte (Imam-e gom-e), die Mitglieder des Obersten Gerichts, die Mitglieder der revolutionären Stiftungen und Mitglieder der Sicherheitsorgane. Die erzkonservativen Geistlichen sind parteilich in der so genannten „Jame’eh rouhanioune Mobarez“ (militante Geistlichenvereinigung) organisiert. Als weitere erzkonservative politische Parteien gelten die „Majma-e niruha-ye Khate Imam“ (Die Vereinigung der Gefolgsleute des Imam) und „Ansar-e Hizbollah“ (Partei Gottes). Zu den pragmatisch orientierten Konservativen können die „Jame’eh eslami Mohandesin“ (Die Vereinigung der islamischen Ingenieure) und die „Abadgaran-e Iran-e eslami“ (Die Kultivierenden des Islamischen Iran) gerechnet werden.

6 Zu Reformbemühungen und Machtstrukturen in Iran siehe: Wilfried Buchta, *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington, 2000.

7 Die Verwendung des Begriffs Pragmatismus im Sinne des „islamischen Rationalismus“ (Pers. *aqlaniyat-e eslami*) bringt allerdings gewisse Definitions- und Interpretationsprobleme mit sich. Der islamische Rationalismus wird von den Akteuren unterschiedlich interpretiert. Vgl. Behrouz Khosrozadeh, *Demokratie und Zivilgesellschaft im Okzident und Orient. Eine vergleichende Studie. Das Fallbeispiel Iran*, Berlin, 2003, S. 263.

8 Die designierten Parlamentsabgeordneten aus der Partei der Abadgaran setzen sich u. a. aus Ingenieuren, Hochschullehrern, Medizинern, Wirtschaftswissenschaftlern, Physikern zusammen. Als aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Parlamentspräsidenten gilt das Abadgaranmitglied Gholam-Ali Haddad Adel, der im bevorstehenden Jahr Präsident Khatami mehr unterstützen will; [www.abadgaran.ir](http://www.abadgaran.ir).

9 Hassan Rowhani ist 1948 in Zentral-Iran geboren. Er studierte in Qum Theologie und Rechtswissenschaften und gehörte zu der iranischen Widerstandsbewegung gegen dem damaligen Schah.

Anhand der hier untersuchten Beispiele – Teherans Irak- und Nuklearpolitik – soll deutlich werden, dass sich das pragmatische Denken allmählich überparteilich etabliert. Denn Iran befindet sich in einem Lernprozess, in den auch die konservativen Kräfte mehr oder weniger einbezogen sind. Die Kernthese dieses HSFK-Reports lautet: Die pragmatisch orientierten Konservativen werden zwischen amerikanischem und innenpolitischem Druck auf eine Neuorientierung auf regionaler und internationaler Ebene zu Gunsten der pragmatischen Linie setzen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass Washington entsprechende Signale aussendet und Anreize bietet. Um mit den Worten des iranischen Außenministers Kamal Kharrasi zu sprechen, muss das Land insbesondere von Washington als gleichwertiger Partner in dieser Weltregion angesehen werden.<sup>10</sup> Als eine konkrete Bedingung für die Entspannung der Beziehungen zu Washington nennt Teheran die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen.

## 2. **Veränderte Sicherheitslage Irans – Außenpolitische Herausforderungen auf internationaler und regionaler Ebene**

Für Teheran hat sich die Sicherheitslage seit dem Zerfall der Sowjetunion, den Terroranschlägen vom 11. September und dem von den USA initiierten Feldzug gegen „islamistischen Terrorismus“ völlig geändert. Im Osten des Landes liegt Afghanistan. Dort ist zwar das Talibanregime, dem Iran kritisch gegenübergestanden hatte, zerfallen,<sup>11</sup> aber Armut, Flüchtlingsströme<sup>12</sup> und die weiterhin defizitären sicherheitspolitischen Zustände haben eine destabilisierende Wirkungskraft. In Kabul ist eine von den Vereinigten Staaten eingesetzte Zentralregierung an der Macht, doch konnte sie ihre Herrschaft bislang nicht auf ganz Afghanistan ausdehnen. Das Land ist weit von Stabilität und Sicherheit entfernt. Die Aussichten für eine demokratische Gestaltung der Herrschaft sind ungewiss. Die „Große Ratsversammlung“ (*Loya Jirga*) hat zwar am 4. Januar 2004 eine neue Verfassung verabschiedet, doch inwieweit sie tatsächlich Verfassungswirklichkeit wird, kann erst die Zukunft zeigen. Immer noch haben die Warlords das Sagen auf regionaler Ebene. Die Internationale Afghanische Schutztruppe (ISAF) kann den Schutz nicht ausreichend gewährleisten. Die Herrschaft der Warlords reproduziert Gewalt.<sup>13</sup> Das Interesse der iranischen

10 Vgl. hierzu das Interview mit Außenminister Kamal Kharrazi, Iran ist viel komplizierter, als das Ausland denkt. Außenminister Kamal Kharrazi über das Verhältnis zu den USA und zu den arabischen Nachbarn, NZZ, 1. Februar 2004.

11 In einen Konflikt mit der Talibanregierung geriet die Islamische Republik, als diese bei einem Vormarsch der Talibanmiliz in den Norden Afghanistans (August 1998) neun iranische Diplomaten tötete. Der Konflikt eskalierte so weit, dass es fast zu einem Krieg gekommen wäre.

12 Bereits 2001 belief sich die Zahl der afghanischen und irakischen Flüchtlinge auf zwei Millionen. Vgl. Entwurf eines Berichts über die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Beziehungen zwischen der EU und der Islamischen Republik Iran, 2001/2138 (COS).

13 Zu Problemen der Krisenentwicklung, Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung in Afghanistan siehe Bernt Glatzer, Konfliktanalyse Afghanistan, FES/GTZ/FriEnt, September 2003, <http://fesportal.fes.de/>

Afghanistan-Politik gilt insbesondere der Bekämpfung des Drogenhandels: Die Regierung in Teheran will mit allen Mitteln verhindern, dass Iran zum Durchgangsland für den Drogenimport nach Europa wird.<sup>14</sup>

Im Südosten liegt Pakistan. Die pro-amerikanische Politik von General Perves Mutscharaf und die enge wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit den USA dürften der Regierung Irans ein Dorn im Auge sein. Zwischen Pakistan und Iran herrscht seit dem Bürgerkrieg, vor allem seit der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan (1997), ein politisches Spannungsverhältnis. Pakistan hatte die Taliban-Rebellen, überwiegend sunnitische Paschtunen, im Kampf gegen die *Mogahedin*<sup>15</sup> unterstützt. Die iranische Regierung befürchtet, dass sunnitische Minderheiten sich für eine Rebellion mobilisieren lassen. Hinzu kommt als Destabilisierungsfaktor für den gesamten Mittleren Osten das angespannte Verhältnis zwischen Pakistan und Indien, das im Kaschmir-Konflikt kulminiert. Die Erfolgsaussichten für die jüngsten Annäherungen zwischen diesen verfeindeten Nachbarstaaten und erst recht für eine dauerhafte Friedenslösung des Kaschmirproblems sind mehr als ungewiss.<sup>16</sup>

Nördlich Irans liegen die zentralasiatischen Staaten Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan, die seit dem Zerfall der UdSSR als unabhängige Staaten agieren. Seit November 2001 verfügen die USA über Militärbasen in Georgien, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan, die als Stützpunkte gegen das Terrornetzwerk *al-Qaida* dienen.

Im Westen befinden sich der Irak und die Türkei. Der größte Feind der Islamischen Republik, Saddam Hussein, ist besiegt. Saddam Hussein, der von den Machthabern der Islamischen Republik mit dem historischen Vorbild des Umayyaden-Königs Yazid<sup>17</sup> im 7. Jahrhundert verglichen wurde, stellt für Iran keine Bedrohung mehr dar. Die Festnahme des ehemaligen Diktators im Dezember 2003 in seiner Heimatstadt Tikrit ändert jedoch wenig an der Intensität der Kämpfe und Anschläge im Irak. Ein instabiler Irak wirkt destabilisierend auf Iran. Für den Post-Saddam-Irak sehen die amerikanischen Pläne eine US-freundliche Regierung vor.

Das Verhältnis zwischen der Islamischen Republik Iran und der laizistischen Türkei ist trotz guter wirtschaftlicher Beziehungen vom Gegensatz politischer Islam versus Laizis-

pls/portal30/docs/FOLDER/WORLDWIDE/ASIEN/BERICHTE/AFGHANISTANKONFLIKTANALYSE0903.PDF.

14 Vgl. Entwurf ..., a.a.O. (Anm. 12).

15 Unter den Afghanen gibt es auch Anhänger der iranischen „Mogahedine-khalq“ (Volksbefreiungskämpfer).

16 Vgl. Helmut Reifeld, Indien/Pakistan. Der dritte Versuch einer Annäherung der Regierung Vajpayee, 19. August 2003, in: [kas.de/publikationen/2003/2415\\_dokument.html](http://kas.de/publikationen/2003/2415_dokument.html).

17 Der Umayyaden-Kalif ließ im Jahre 680 den Imam al-Husain und seine Gefolgsleute bei Kerbela töten. Zum Jahrestag von Husains Tod, genannt Aschura, werden in der schiitischen Welt Trauerfeiern abgehalten. Husains Mut verselbstständigte sich zum zeitlos gültigen politischen Handlungsmodell für aktiven Widerstand. Siehe: Annabelle Böttcher, Ursprünge und Eigenheiten der Schia. Pilgerstätten als ökonomisch-politische Ressourcen im Irak, NZZ, 03. Mai 2003.

mus belastet.<sup>18</sup> Die Allianz zwischen dem NATO-Mitglied Türkei und den USA einerseits sowie das Kurdenproblem andererseits werfen weitere sicherheitspolitische Fragen für Iran auf. Die zentrale Frage betrifft den Umgang mit der gespaltenen kurdischen Bewegung: Iran möchte die Errichtung eines autonomen kurdischen Staates im Norden des Irak verhindern, weil dieser eine anziehende Wirkung auf die iranischen Kurden haben könnte. Außerdem befürchtet die iranische Regierung, dass eine militärische Besetzung des nördlichen Irak durch die Türkei oder ihre Einflussnahme über die „Demokratische Partei Kurdistans-Irak“ (DPK-Irak) und die „Patriotische Union Kurdistan“ (PUK) zu separatistischen Bestrebungen der turkstämmigen Azari-Bevölkerung im Osten des Landes führen könnte.<sup>19</sup>

Im Süden liegt Saudi-Arabien. Dort sind seit der irakischen Invasion Kuwaits 1990 und dem zweiten Golfkrieg amerikanische Truppen stationiert. Diese militärische Präsenz löste in Iran eine anhaltende, heftige Diskussion aus, gilt Saudi-Arabien doch als Hüter der heiligsten Städte, Mekka und Medina. Deshalb kommt den Saudis in der gesamten Islamischen Welt eine besondere Rolle zu. In Saudi-Arabien befinden sich auch die zwei wichtigsten internationalen islamischen Organisationen: die „Liga der islamischen Welt“ (*Muslim World League* mit Sitz in Mekka) und die „Organisation der islamischen Konferenz“ (*Organisation of the Islamic Conference* mit Sitz in Djidda). Schließlich zeigt Riad zunehmend diplomatisches Engagement, um das Bündnis mit den USA zu lockern. Im Rahmen strategischer Überlegungen stellen die Saudis sogar eine Mitgliedschaft Russlands in der Organisation der islamischen Konferenz in Aussicht.<sup>20</sup> Im Übrigen hängt die veränderte Sicherheitslage Irans in hohem Maße mit der Neudefinition der langfristigen Interessen der USA in der Region zusammen. Diese Interessen beschränken sich nicht auf die Bekämpfung des „islamischen Terrorismus“ und auf die Verbreitung des demokratischen Modells – sie sind viel umfassender. Vor allem geht es ökonomisch-strategisch und militärisch-geostrategisch um Erdölvorräte.<sup>21</sup>

Der Wettlauf der USA mit Russland um das Öl am Kaspischen Meer und der gleichzeitige Versuch, den iranischen Einfluss einzudämmen, hat immense Auswirkungen auf die Außenpolitik Teherans. Bislang pflegt es die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den europäischen Öl-Konzernen. Vor dem Hintergrund der US-Hegemonialpolitik versucht Iran als Regionalakteur eine Vormachtstellung zu erringen. Am Kaspischen Meer nehmen die politischen Spannungen seit dem jüngsten Streit von 2001 zwischen Iran und Aserbajjan um die Erkundung von Lagerstätten innerhalb der Gemeinschaft der Anrainerstaaten zu. Aserbajjan betreibt seinerseits eine pro-amerikanische Politik und lehnt sich an

18 Vgl. Udo Steinbach, Die Türkei, in: Informationen zur Politischen Bildung, Jg. 4, Nr. 277, Bonn, 2002, S. 3-53.

19 Vgl. Askim Bozkurt, Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei, Hamburg, 1997, S. 151.

20 Vgl. Peer Bruch, Pakistan als atomares Vorbild für Iran und Saudi-Arabien, in: [www.suedasien.net/news/2003/september/atom/.htm](http://www.suedasien.net/news/2003/september/atom/.htm).

21 Vgl. Matin Baraki, Goldgräberstimmung in Transkaukasien. Interessenkonflikte um die reichen Erdöl- und Gasvorkommen am Kaspischen Meer. Friedenspolitischer Ratschlag, 1. November 2001, <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Kaukasus/baraki.html>.

den mächtigsten regionalen Verbündeten der USA, die Türkei, an.<sup>22</sup> Der ungeklärte rechtliche Status des Kaspischen Meeres ist somit eine weitere Herausforderung für Iran. Das NATO-Programm „Partnerschaft für Frieden“ mit dem Ziel der Sicherung und Stabilisierung der Region stößt nicht nur in Russland, sondern auch in Iran auf Skepsis.<sup>23</sup>

In der Region des Kaspischen Meeres bekunden bekanntlich nicht nur die Vereinigten Staaten Interesse an den Erdöl- und Erdgasreserven. Die VR China spielt dort durch ihre regionale Allianz mit Iran eine signifikante Rolle. Die ökonomischen Verbindungen und Kooperationen mit China expandieren bereits seit Beginn der 90er Jahre. Beiden Ländern gemeinsam ist die Erfahrung der Revolution und das sicherheitspolitische Bedürfnis nach Unabhängigkeit, und wenn die Revolutionen auch sehr unterschiedlich waren, so ist doch die Verteidigung der nationalen Souveränität ein ebenso hohes Gut für den Antikolonialismus wie für den Antiimperialismus.<sup>24</sup>

Schließlich ist die veränderte Sicherheitslage für Iran als Vielvölkerstaat auch innenpolitisch brisant. Die Bevölkerung des Staatsgebietes setzt sich aus sunnitischen Kurden, Belutschen, Luren, Bachtianen, türkischsprachigen Nomaden und Azaris zusammen, wobei die Azaris die größte ethnische Minderheit darstellen. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Angst der iranischen Regierung vor separatistischen Bestrebungen durchaus nicht unbegründet ist.

### **3. Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Iran und den USA**

#### **3.1 Hinwendung zu den Vereinigten Staaten unter der Pahlavi-Dynastie (1925-1979)**

Die Grundlage für die Entstehung der Politik der „nachholenden Modernisierung und Entwicklung“<sup>25</sup> und der Hinwendung Irans zu den USA unter der Pahlavidynastie bilden

22 Vgl. u. a. Wassilij Lunin, Gewitterdrohungen am Kaspischen Meer. Anrainer-Gipfel soll neue Rechtsgrundlage bringen, in: Moskauer Deutsche Zeitung, 30. August 2001, [http://www.mdz-moskau.de/Russland\\_und\\_die\\_Welt/2001/08/30/12.16.40.htm](http://www.mdz-moskau.de/Russland_und_die_Welt/2001/08/30/12.16.40.htm); Abbas Maleki/Kaveh Afrasiabi, Iran's Foreign Policy after 11 September, Winter/Frühjahr 2003, Jg. IX, Nr. 2, S. 1-11, [www.caspianstudies.com](http://www.caspianstudies.com).

23 Vgl. Krisenregion Kaukasus und die Rolle der Ökonomie. Ein Auszug aus dem Friedens-Memorandum 2000, <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/memorandum/Kaukasus.html>.

24 Vgl. u. a. James A. Bill, The Politics of Hegemony. The United States and Iran, in: The Middle East Policy, Jg. VIII, Nr. 3, September 2001, S. 89-100; zu Chinas Bemühungen um Akkumulation von Einfluss siehe John Calabrese, China and the Persian Gulf. Energy and Security, in: The Middle East Journal, Jg. 52, Nr. 3, Sommer 1998, S. 351-366.

25 Zum Entwicklungsbegriff und zum Begriff des modernen Staates sei verwiesen auf die beiden Standardwerke von Reinhard Kößler, Entwicklung, Münster, 1998, S. 59-89 sowie ders., Postkoloniale Staaten. Elemente eines Bezugsrahmens, Hamburg, 1994, S. 33-45. Erweiternd dazu: Gerhard Hauck, Evolution, Entwicklung, Unterentwicklung – Gesellschaftstheoretische Abhandlungen, Frankfurt/M., 1996; Hauck kann als ein Vertreter der Antimodernisierungstheorie bezeichnet werden. Er versucht alternative Ent-

die sozioökonomischen und politischen Verflechtungen und Auseinandersetzungen mit Europa, insbesondere mit den imperialen Großmächten Großbritannien und Russland. Bereits 1907 wird Iran von diesen beiden Staaten in Einflusszonen, unter anderem als Maßnahme gegen die Konstitutionalisten<sup>26</sup>, unterteilt. Nach der Oktoberrevolution von 1917 zog die bolschewistische Regierung die russischen Truppen aus Persien zurück. Dadurch gelang es Großbritannien, zur einzigen Großmacht im Persischen Reich (1921-1941) aufzusteigen. Die Begegnung mit der „europäischen Moderne“ bedeutete für Iran schon im 19. Jahrhundert den Anfang einer gesellschaftlichen Umwälzung: Die Berührung mit den europäischen Ländern – besonders mit Russland und England mit ihrer Einmischung in politische und wirtschaftliche Bereiche einerseits, den russischen Angriffen auf Iran und den Versuchen Englands, die Russen aus Iran zu verdrängen, andererseits – motivierten Iran, die europäische Entwicklung nachzuholen, um die eigene Souveränität aufrechtzuerhalten. Aus der Sicht der iranischen Herrschenden war das Land gezwungen, dem europäischen Staatsmodell nachzueifern.<sup>27</sup>

Das endgültige Scheitern der „Konstitutionellen Revolution“ (*enqelab-e maschruteh*)<sup>28</sup> und die Beseitigung der despotischen Herrschaft der Qagaren (1779-1925) ebneten den Weg für den Aufstieg der Pahlavis. Erst unter den Pahlavis sollte es eine erfolgreiche Staatsbildung – ein *nation building* – nach westlichem Modell geben.<sup>29</sup> Obwohl Reza Schah im Ersten Weltkrieg die Neutralität Irans erklärte, konnte sein Land angesichts der massiven Einflussnahme Englands und Russlands die Neutralität nicht aufrechterhalten. Reza Schahs Politik setzte auf Nationalismus. Im Innern zeigte sich das schon unmittelbar nach der Gründung der Pahlavi-Dynastie in dem kulturpolitischen Ziel, das öffentliche Leben durch Belebung der iranischen Nationalkultur, Religion, Sitten und Mythen zu entislamisieren. Der iranische Nationalismus bediente sich vor allem der Symbolik des

wicklungsdefinitionen zu erstellen. Damit bezweckt er, den Begriff der Unterentwicklung neu zu besetzen und damit auch zu dessen Überwindung auf einer evolutionstheoretischen Basis beizutragen.

- 26 Die Konstitutionalisten forderten die Beendigung der absolutistischen Monarchie, die Etablierung eines Parlaments und eine einheitliche Verfassung. Zu der gespaltenen Rolle der schiitischen Geistlichen in der Konstitutionellen Revolution vgl. Ali Dawani, *Nezhat-e ruhaniyat-e Iran*, Bd. I, Teheran, 1360/1981, S. 114-118.
- 27 Unter Moderne wird mit Hobsbawm die Entstehung des Nationalstaates verstanden. Für Gellner zählen technische und wirtschaftliche Fortschritte, angelehnt an das westliche Modell der Industrialisierung, zu den wesentlichen Unterscheidungsmerkmalen einer modernen von einer traditionellen Gesellschaft. Zu den Charakteristiken eines modernen Staats vgl. Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/M. /New York, 1991, S. 97 f. sowie Ernest Gellner, *Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen*, Stuttgart, 1995, S. 67.
- 28 Die Konstitutionelle Revolution galt unter anderem als erster erfolgloser Versuch der Herstellung eines Zentralstaates.
- 29 Siehe hierzu u. a. das Standardwerk von Ervand Abrahamian, *Iran Between Two Revolutions*, Princeton/New Jersey, 1982; in Persisch: Ervand Abrahamian, *Iran beyne do engelab. Az maschruteh ta engelabe eslami*, Teheran, 1381/2002, S. 47-84. Abrahamian vergleicht in seiner Studie die Konstitutionelle Revolution mit der Islamischen Revolution, denn er geht davon aus, dass die moderne Geschichte Irans nur vor dem Hintergrund beider Revolutionen nachvollziehbar sei.



sassanitischen Zeitalters (224-642 n. u. Z.).<sup>30</sup> Auch seine Außenpolitik gestaltete der Schah auf der Grundlage des iranischen Nationalismus. So kündigte er 1927/28 die meisten Verträge mit halbkolonialem Charakter aus der Qagarenzeit. 1935 ließ er sogar den Namen Persien durch Iran ersetzen.<sup>31</sup>

Reza Schah hatte mehrere Reisen in die Türkei unternommen, dabei lernte er die politisch-gesellschaftlichen Leitideen Kemal Atatürks (Republikanismus, Nationalismus, Modernismus und Säkularisierung) kennen, welche die Erneuerung der Türkei seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches 1918 geprägt hatten. Tatsächlich verfolgte der Schah das Ziel, den iranischen Nationalstaat in ähnlicher Weise zu säkularisieren und zu modernisieren. Die kolonialen Interessen der Großmächte Russland und Großbritannien zwangen ihn, sich dem Deutschen Reich zuzuwenden, nachdem eine Annäherung an die USA gescheitert war.<sup>32</sup> Reza Schahs enge Beziehung zum Deutschen Reich führte im Zweiten Weltkrieg zu seinem Sturz. Im August 1941 marschierten britische und sowjetische Truppen in Iran ein und zwangen den Schah, zugunsten seines Sohnes Mohammad Reza abzudanken. Iran wurde wieder zum Spielball der Sowjetunion und Großbritanniens. Die sowjetische Besatzungsmacht förderte in ihrer Einflusszone aserbaijanische und kurdische Autonomiebestrebungen. Die Briten kontrollierten währenddessen die Ölfelder im Süden des Landes. Erst durch die politische Einmischung des Weltsicherheitsrates sowie den Druck der Amerikaner konnte ein Abzug der sowjetischen Truppen erreicht werden. Die Folgen der Neutralitätspolitik seines Vaters veranlassten Mohammad Reza Schah (Amtszeit 1941-1979), sich im Ost-West-Konflikt auf die Seite der USA und des Westens zu stellen.<sup>33</sup>

Die pervertierte Modernisierungspolitik des Mohammed Reza Schahs beinhaltete eine weitreichende Militarisierung der iranischen Gesellschaft. Das Militär fungierte allerdings nicht als eine autonome Staatsinstitution. Es war vielmehr vom iranischen Hof, insbesondere der Person des Schahs, abhängig. Auf dieser Grundlage kristallisierte sich der so genannte Hof-Militär-Komplex heraus, der die Außenpolitik Irans auf internationaler und regionaler Ebene nachhaltig bestimmen sollte. Der Hof-Militär-Komplex wurde Ende der 50er Jahre um sicherheitspolitische Organe ergänzt und stand unter der unmittelbaren Kontrolle des Schahs. Damit wurde dessen autoritäre Machtstellung bis zur Islamischen Revolution gesichert. Der Geheimdienst SAVAK war ein Instrument, das mit amerikanischer Hilfe in Iran gegründet und etabliert wurde. Die Gründung des SAVAK 1957 ist vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse zu Beginn der 50er Jahre zu sehen. Nach der Ermordung des Premierministers Razmaras durch die islamisch-fundamentalistische

30 Zum Pahlavi-Regime und der Wiederbelebung der persischen Kultur siehe Rasool Nafisi, *Education and the Culture of Politics in the Islamic Republic of Iran*, in: Samih K. Farsoun/Mehrdad Mashayekhi (Hg.), *Iran. Political Culture in the Islamic Republic*, London/New York, 1992, S. 169-172.

31 Vgl. Monika Gronke, *Geschichte Irans. Von der Islamisierung bis zur Gegenwart*, München, 2003, S. 101.

32 Vgl. Gerhard Konzelmann, *Die Schiiten und die islamische Republik: Hintergründe zu den Ereignissen in Iran*, München, 1979, S. 248f.

33 Vgl. Harald Mehner/Ulrich Gehrke (Hg.), *Iran. Natur – Bevölkerung – Geschichte. Kultur – Staat – Wirtschaft*, Tübingen/Basel, 1976, S. 159.

Gruppe, der „*Fada iyan-e islam*“, wurde die Integrationsfigur der Nationalen Front, Mohammed Mossadegh (1872-1966), durch Wahlen zum Premierminister. Der Abzug der sowjetischen und britischen Besatzungstruppen war für die nationalistischen Strömungen, wie z.B. die Nationale Front unter der Führung von Mossadegh, nicht genug. Mossadegh forderte die Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company (AIOC).<sup>34</sup>

Mit Mossadegh wollte die Nationale Front die Ölindustrie nationalisieren und das politische System demokratisieren. Der Staatsstreich gegen Mossadegh in der Eisenhower-Ära (1953) war mithin nicht nur für die Nationale Front ein schwerer Rückschlag, sondern zugleich ein Schlag gegen die Demokratisierungsbestrebungen. Somit wurde die Demokratisierung abgewürgt. Wie aus einer „Entschuldigung“ der ehemaligen amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright im Jahre 2000 hervorgeht, war der amerikanische Geheimdienst CIA an der Operation gegen Mossadegh maßgeblich beteiligt.<sup>35</sup>

Angesichts der zahlreichen Rückschläge wurde die Hoffnung der iranischen Bevölkerung auf Partizipation und Ansätze zu demokratischen Strukturen enttäuscht. Die nachholende Modernisierung und Entwicklung im post-kolonialen Iran der 60er und 70er Jahre reduzierte sich auf militärische Rüstung und den Ausbau der regionalen Vormachtstellung des Schah-Iran auf der Grundlage der Nixon-Doktrin (1969). Die Nixon-Doktrin beinhaltete eine politisch-strategische Abwendung von der früheren Eisenhower-Doktrin (1957). Aufgrund der Erfahrungen in Vietnam setzten die USA nicht mehr auf direkte militärische Einmischung, sondern gingen im Nahen und Mittleren Osten Bündnisse ein. Iran diente dabei als sicherheitspolitischer Stabilitätsfaktor in der ganzen Region und wurde zu diesem Zwecke neben Saudi-Arabien aufgerüstet.

### 3.2 Islamische Revolution: Außenpolitischer Konflikt mit Washington

Mit der Islamischen Revolution von 1977-1979 und der Proklamation der Islamischen Republik Iran (*Gomhuriye- eslami-ye Iran*) nach einem Referendum im April 1980 wurde das Verhältnis von Staat (*daulat*) und Religion (*din*) völlig neu definiert.<sup>36</sup> Die Islamische Revolution stellte einen sichtbaren Wendepunkt in den außenpolitischen Beziehungen zwischen Teheran und Washington dar: Die revolutionären Kräfte entmachteten die pro-amerikanische Schah-Regierung und setzten sich an ihre Stelle. In den Augen der USA und der „westlichen Welt“ war die Islamische Revolution ein Protest gegen die Moderne und damit gleichbedeutend mit einer Rückkehr ins Mittelalter. Sie wurde als Retraditio-

34 Zum Hof-Militär-Komplex und der Nationalen Front vgl. Ebrahim Towfigh, *Modernisierung und post-koloniale Herrschaft in Iran. Versuch über den Staat*, Frankfurt/M., 1998, S. 196-203.

35 Zu den Aktivitäten der CIA siehe u. a. Peter Avery/Gavin Hambly/Charles Melville (Hg.), *The Cambridge History of Iran, From Nadir Shah to the Islamic Republic*, Cambridge, 1991, in: *Die Welt des Islams*, Jg. 7, Nr. 37, 1997, S. 112-117; in Persisch: Abbas Machabar, *selsele-ye pahlavi wa niruha-ye mazhabi. be rawayate tarich-e Cambridge*, Teheran, 1375/1996, S. 98 f.

36 Das Referendum zur Verfassung spielt für die politisch-religiösen Diskurse der postkhomeinischen Zeit eine wichtige Rolle. Umstritten ist, ob zum Zeitpunkt des Referendums die Öffentlichkeit über die konkreten Verfassungsinhalte, insbesondere des Konzepts der „velayate-faqih“, informiert war.

nalierungsversuch von Herrschaft und Gesellschaft angesehen.<sup>37</sup> Obwohl der von Seyyed Ruhollah Khomeini (1902-1989) entwickelte Ansatz der *velayat-e faqih*<sup>38</sup> (Herrschaft des herrschenden Rechtsgelehrten) ein Novum in der Schia<sup>39</sup> war, wurde die Islamische Revolution als Geburtsstunde des islamischen Fundamentalismus interpretiert.<sup>40</sup> Khomeini ging aber mit seiner Neuinterpretation schiitischer Konzepte auf Distanz zu der bisherigen schiitischen Tradition. Denn dem schiitischen Islam war eine mit der neuzeitlichen vergleichbare Staatsauffassung fremd. Das Konzept der Herrschaft des schiitischen Rechtsgelehrten ist im Zeichen der Moderne in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden.<sup>41</sup>

Insgesamt gesehen erscheint der Gebrauch des Begriffs „Fundamentalismus“ für die Person Khomeinis und die Islamische Revolution als nicht angemessen; eher taugt er als Indikator für die Feindbildkonstruktion auf Seiten der USA.

### 3.3 Wirkung der Feindbildkonstruktionen

Die kritische iranische Haltung zur US-Außenpolitik ab den 70er Jahren resultierte aus den Erfahrungen der 50er Jahre. Den Höhepunkt des aufkeimenden Antiamerikanismus bildete die Besetzung der Teheraner US-Botschaft durch iranische Studenten 1979 und die gleichzeitige Geiselnahme der Botschaftsmitarbeiter in der Carter-Ära. Das Geiseldrama dauerte bis zur Amtsübernahme Ronald Reagens im April 1980 an. Zuvor war der Befreiungsversuch der Amerikaner gescheitert. Die Forderung der Studenten nach Auslieferung des geflohenen Schahs wurde nicht erfüllt. Die Besetzung der US-Botschaft war vor allem auch ein symbolischer Akt gegen den „US-Imperialismus“. Die Integrationsfigur der Islamischen Republik, Seyyed Ruhollah Khomeini, denunzierte die USA als „Großen Satan“ (*sheitane-bozorg*), der mit dem Schah, dem so genannten *Yazid*, gemeinsame Sache mache. Die historische Analogie spielt darauf an, dass es seit dem Tod des dritten Imam al-Husains im schiitischen Islam eine spezifische Tradition der Aufopferung im

37 Zur Kritik am gängigen Revolutionsverständnis und den Konzepten der Modernisierung und Säkularisierung versus Traditionalismus vgl. Semiramis Akbari, Die schiitische Hierokratie – Herausforderung der Moderne und Islamische Revolution in Iran, Frankfurt/M. (unveröff. Manuskript), 2002, S. 80-108.

38 Siehe hierzu Ruhollah Khomeini, *Velayat-e faqih*. Hokumate eslami, Teheran, 1357/1978. Zur Theorie der Herrschaft des herrschenden Rechtsgelehrten vgl. Mohammad Djassemi, Macht und politische Ordnung im Islam. Die Theologie der Macht. Wilayat-i Fagih von Ayatollah Khomeini, Augsburg, 1981.

39 Neben der großen Mehrheit der orthodoxen Sunniten bilden die Schiiten die bedeutendste Minderheit im Islam. Ihre Abspaltung erfolgte nach dem Tod des Propheten Muhammad. Sie gründet sich nicht so sehr auf unterschiedliche theologisch-dogmatische Positionen, sondern ist Ausfluss des Dissenses darüber, welche Person innerhalb der Gemeinde die höchste Autorität erhalten soll. Dabei folgten die Schiiten Ali, da er einen bestimmten Herrschertypus verkörperte und damit auch bestimmte Vorstellungen politischer Legitimität. Zu den Zwölferschiiten vgl. u. a. Moojan Momen, An Introduction to Shi'i Islam. The History and Doctrines of Twelver Shi'ism, New Haven, 1985; Wilfried Buchta, Schiiten, München, 2004.

40 Zur Entstehung des schiitischen Klerus und der politischen Revolutionsideologie siehe Heinz Halm, Der schiitische Islam. Von der Religion zur Revolution, München, 1994, S. 120-177.

41 Genauer dazu: Said Amir Arjomand, The Shadow of God and the Hidden Imam. Religion, Political Organization and Societal Change in Shi'ite Iran from the Beginning to 1890, Chicago, 1984.

Kampf gegen Feinde der Religion gibt. Das Selbst- und Feindbild wird in der schiitischen Tradition aus eben dieser historischen Analogie geschöpft.<sup>42</sup>

Das Weltbild der strategischen Khomeini-Gruppe war von der Dichotomie Gläubige (*musalman*, *Plural musalmanan*) versus Nicht-Gläubige (*kafar*) geprägt. Der Terminus *kafar* umschreibt die Konstruktion der Abgrenzung der Gemeinschaft der Gläubigen von Ungläubigen. Das Selbstbild, das die politisierten schiitischen Kleriker vom „Gottesstaat“ verbreiteten, war das eines zu Unrecht belagerten Staates. Die politische Situation des schiitischen Staates wurde gleichgesetzt mit dem Belagerungszustand des Imam al-Husains und seiner Nachfolger.<sup>43</sup>

Die Besetzung der amerikanischen Botschaft und der gescheiterte Befreiungsversuch beeinflussten nachhaltig die Position der amerikanischen Akteure und der US-Öffentlichkeit gegenüber Iran. Slogans wie „Tod Amerika“ (*marg bar amrika*) oder „Tod dem Imperialismus“ (*marg bar emperialism*) brachten auf iranischer Seite den Unabhängigkeitswillen zum Ausdruck, bestärkten jedoch die USA in ihrer Überzeugung, dass mit Revolutionären nicht zu verhandeln sei, und führten so zur Verfestigung ihres Feindbildes von der Islamischen Republik Iran. In der US-amerikanischen Wahrnehmung kam die Besetzung ihrer Botschaft in Teheran dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour (1941) gleich. Seit diesen Ereignissen unterhalten die USA keine diplomatischen Beziehungen mehr zu Iran.<sup>44</sup> Die ideologische, finanzielle und militärische Unterstützung der Hizbollah im Südlibanon,<sup>45</sup> der Krieg mit dem Nachbarland Irak (1980-1988) und der Erlass eines Rechtsgutachtens (*fatwa*) gegen das Buch „Satanische Verse“ des britischen Schriftstellers Salman Rushdi (1989) – dies alles prägte in der Folge in der Weltöffentlichkeit, vor allem aber in den USA, das Bild von der politischen Schia als einer kämpferischen Ideologie.

### 3.4 Innenpolitischer Wandel: Vom Revolutionsexport zum Pragmatismus

Die pro-amerikanische Außenpolitik des Schahs wurde bereits in den 60er Jahren von Seyyed Ruhollah Khomeini angeprangert.<sup>46</sup> So war es nicht verwunderlich, dass er unmittelbar nach der Revolution einen stark anti-amerikanischen Kurs einschlug. Der gegen den Schah erhobene Vorwurf der „Verwestlichung“ (*qarbzadegi*) ging nicht nur von der

42 Zur US-Hegemonie im vorderen Orient vgl. Peter Pawelka, Der Vordere Orient unter der Hegemonie der USA, in: Peter Pawelka/Hans-Georg Wehling (Hg.), Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Wiesbaden, 1999, S. 13-33.

43 Vgl. u. a. Shireen T. Hunter, Iran and the World. Continuity in a Revolutionary Decade, Indianapolis, 1990.

44 Vgl. Henning Riecke, The Most Ambitious Agenda. Amerikanische Diplomatie gegen die Entstehung neuer Kernwaffenstaaten und das Nukleare Nichtverbreitungsregime, Berlin, 2002.

45 Zu der islamischen Bewegung der Hizbollah, ihrem Umfeld und Organisationsaufbau siehe Stephan Rosiny, Islamismus bei den Schiiten im Libanon. Funktion und Wandel von Religion im Übergang von traditioneller Gemeinschaft zu moderner Gesellschaft, Frankfurt/M., 1996, S. 123-159.

46 Im Oktober 1964 rief er zum Widerstand gegen ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz auf, welches den amerikanischen Beratern in Iran diplomatische Immunität und Privilegien verlieh und die Aufnahme einer Anleihe von US-\$ 200 Millionen von den USA zum Kauf militärischer Ausrüstung vorsah.

strategischen Khomeini-Gruppe<sup>47</sup> aus, sondern zunächst von den geistigen Vordenkern der Islamischen Revolution wie Ali Schariati (1933-1977) und Mehdi Bazargan (1907-1995).<sup>48</sup> Grundlage der charismatischen Herrschaft des Seyyed Ruhollah Khomeini und seiner Außenpolitik war bis 1989 der „Revolutionsexport“.<sup>49</sup> Die messianisch orientierte politische Schia der 80er Jahre stellte eine direkte Herausforderung für den regionalen Status quo der arabischen Nachbarstaaten dar. Doch der Revolutionsexport in die arabischen Staaten Saudi-Arabien, Bahrain, Irak, Afghanistan und Libanon sollte aus verschiedenen Gründen scheitern.<sup>50</sup> Der Hauptgrund lag wohl im schiitisch-iranischen Charakter der Revolution, der sich nicht mit dem arabisch-sunnitischen Islam vereinbaren ließ.<sup>51</sup>

Der Übergang von Khomeini zu Rafsanjani beinhaltete zugleich eine grundlegende Neudefinition der außenpolitischen Strategien in den 90er Jahren.<sup>52</sup> Hatte bislang die Idee der Ausbreitung des Revolutionsmodells mit militärischen und kulturpolitischen Mitteln die iranische Außenpolitik bestimmt, so kam es unter Ali Akbar Hashemi Rafsanjani (1989-1997) zu einem Sinneswandel hin zum Pragmatismus: Die Verschiebung der Prioritäten auf das nationalstaatliche Interesse Irans bedeutete das Ende der revolutionären Phase. Letztlich waren es Rafsanjanis rational durchdachte Sicherheitskonzepte, die den greisen Seyyed Ruhollah Khomeini 1988 dazu bewogen, der Beendigung des Krieges mit dem Irak zuzustimmen. Der iranische Ex-Präsident Rafsanjani konnte erstmals in der kurzen Geschichte der Islamischen Republik einen Raum für eine pragmatische außenpolitische Linie schaffen und begünstigte somit die Entscheidung der iranischen Regierung, im Zweiten Golfkrieg (1991) eine neutrale Haltung einzunehmen und in der Afghanistan-Frage (2001) sogar mit den USA zu kooperieren. Eine kleine Minderheit unter der Füh-

47 Der Begriff „strategische Khomeini-Gruppe“ wird im Sinne Towfighs (1998) verwendet, der damit das Patronageverhältnis der Mitglieder der Gruppe zu dem religiös-politischen Führer umschreibt. In diesem Zusammenhang macht er auf die defizitäre Bezeichnung der Gruppe aufmerksam.

48 Schariati gehörte zu den nicht-klerikalen Intellektuellen der 60er und 70er Jahre. Er forderte eine revolutionäre Interpretation des Islam. Dazu gehörte sein Slogan „Islam ohne Geistlichkeit“. Bazargan war der erste Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran. Zu den politischen Ideen Bazargans sowie des iranischen Philosophen Sorushs siehe Forough Jahanbakhsh, *Islam, Democracy and Religious Modernism in Iran, 1953-2000: From Bazargan to Soroush*, Brill, 2000.

49 Revolutionsexport, (*Sodur-e-enqelab*), wurde in der frühen Konsolidierungsphase der Islamischen Republik als außenpolitische Strategie ein fester Bestandteil der iranischen Außenpolitik. Die politische Schia wurde idealtypisch als ein Befreiungsansatz des armen Südens gegenüber Ost-West konzipiert. Mit diesem Konzept erhob die strategische Khomeini-Gruppe einen universellen Anspruch des Schiismus in seiner politischen Variante. Zur Abkehr von Revolutionsexport am Beispiel Libanons vgl. Andreas Rieck, *Abschied vom Revolutionsexport? Expansion und Rückgang des iranischen Einflusses im Libanon 1979-1989*, in: *Beiträge zur Konfliktforschung*, Jg. 20, Nr. 2, Köln, 1990, S. 81-104.

50 Vgl. Henner Fürtig, *Iran. Islamische Modellrevolution?*, in: *Orient-Journal*, Hamburg, Herbst 2002, S. 14-15, <http://www.duei.de/doi/de/content/onlinepublikationen/orientjournal/journal202/Seite14.pdf>.

51 Weiterführend dazu siehe Wilfried Buchta, *Die iranische Schia und die islamische Einheit 1979-1996*, Hamburg, 1997.

52 Vgl. Shaul Bakhash, *Iran's Foreign Policy under the Islamic Republic, 1979-2000*, in: L. Carl Brown (Hg.), *Diplomacy in the Middle East. The International Relations of Regional and Outside Powers*, Jg. 18, London, 2001, S. 247-258.

nung des derzeitigen Revolutionsführers beharrt jedoch auch 25 Jahre nach der Islamischen Revolution noch auf der antiwestlichen Position.<sup>53</sup>

Nun drängt sich die Frage auf, warum der pragmatische Kurs sich gegenüber dem radikal-visionären Kurs durchsetzen konnte. Um diese Frage beantworten zu können, muss die Transformation des Herrschaftscharakters in der Islamischen Republik mit in die Analyse einbezogen werden.

Seyyed Ruhollah Khomeini entsprach dem von Max Weber<sup>54</sup> als „charismatisch“ bezeichneten Herrschertypus. Seine Legitimität erwuchs aus den außergewöhnlichen Eigenschaften des politischen Führers kombiniert mit dem exklusiven Zugang zu sakralem Wissen. Es war diese Legitimationsressource, die der Islamischen Republik mit dem Ableben Khomeinis verloren ging. Ein „Feindbild USA“ war in der iranischen Gesellschaft unabhängig vom charismatischen Führer vorhanden. Fest steht, dass der charismatische Führer sein Charisma über die außergewöhnlichen Eigenschaften hinaus durch Verdienste erwirbt. Übertragen auf Seyyed Ruhollah Khomeini bedeutet dies die individuelle Konstruktion des Feindbildes USA. Erst durch das Zusammenwirken von sozialer und individueller Konstruktion des Feindbildes USA im historischen Moment der Islamischen Revolution konnte das Feindbild seine potenzierte Anziehungskraft auf die Wahrnehmung der „Nachahmer“ entfalten. In der ersten Phase der Revolution fungierte bekanntlich die Schia noch als Weltoberungsreligion, bis sie nach dem Ableben des charismatischen Revolutionsführers Teil des Alltags wurde. Unter der Führung der neuen bürokratischen Elite setzte sich sukzessive die Strategie durch, Iran an internationale Normen und Werte „anzupassen“. Ohne Anpassung hätte die Islamische Republik die auf sie zukommenden Herausforderungen der Außenpolitik nicht bewältigen können. Die Durchsetzung der Linie der Pragmatiker hatte zunächst zur Folge, dass sich Iran aus der totalen Isolation auf regionaler und internationaler Ebene befreite. Der Übergang von der Herrschaft charismatischen Charakters zur Herrschaft rationalen Charakters bewirkte eine Normalisierung der politischen Verhältnisse am Persischen Golf.<sup>55</sup>

Die heutige Islamische Republik stützt sich auf zwei andere Herrschaftstypen: Der Revolutionsführer und der Wächterrat versuchen, die Legitimation ihrer Herrschaft aus der Tradition zu begründen, also mit dem Argument, sie stünden in der Nachfolge des cha-

53 Der Revolutionsführer wird nicht direkt vom Volk gewählt, sondern von einem Expertenrat auf unbegrenzte Zeit bestimmt. Die Machtkompetenzen des Revolutionsführers übertreffen die des demokratisch legitimierten Präsidenten. Der Revolutionsführer bestimmt alle systemsichernden Staatsorgane wie Sicherheits- und Ordnungskräfte, Armee (Artesch), Revolutionswächter (Pasdaran), Justizapparat, staatliche Massenkommunikationsmittel, Revolutionäre Stiftungen (z.B. die „Stiftung der Entrechteten und Kriegsbeschädigten“ oder die „Stiftung der Märtyrer“) und Sozialfonds. Er ist sogar befugt, den vom Volk gewählten Präsidenten abzusetzen.

54 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Johannes Winkelmann (Hg.), 1. Halbband, Köln/Berlin, 1964, S. 157-222.

55 Zur Entstehung und Entwicklung der Islamischen Revolution vgl. Mehdi Naficy, *Klerus, Basar und die iranische Revolution*, Hamburg, 1993. Zur Rationalisierung der Herrschaft und deren Auswirkung auf die Außenpolitik vgl. Mehdi Moslem, *Ayatollah Khomeini's Role in the Rationalization of the Islamic Government*, in: *Critique*, Nr. 14, Frühjahr 1999, S. 75-92.

rismatischen Herrschers;<sup>56</sup> die gewählte Regierung (Präsident und Parlament) bemüht sich um die moderne Form rationaler Herrschaft, die ihre Legitimation aus nachvollziehbaren Verfahren und aus den Leistungen bezieht, die sie für die Gesellschaft erbringt. Daraus ergibt sich ein zweifaches Problem, denn zum einen hat die Islamische Republik keine Tradition, auf die sich traditionelle Herrschaft wirklich berufen könnte, und zum anderen wird die Leistungsfähigkeit der Regierung gerade durch die Hemmnisse eingeschränkt, die Wächterrat und Revolutionsführer ihrer Handlungsfreiheit auferlegen. Die erkonservative Seite versucht nach wie vor, dieses Legitimationsdefizit mit der Rekonstruktion des Feindbildes USA zu kompensieren, während die Reformer und Pragmatiker sich mühen, auf dem Weg über den Abbau der erkonservativen Handlungsschranken endlich rationale, leistungsbegründete Legitimität zu erlangen.<sup>57</sup>

Ein weiterer Aspekt, der heute unabhängig vom Transformationsprozess des Herrschaftscharakters noch Kontinuität besitzt, ist, dass die Islamische Revolution auf der Forderung nach politischer und ökonomischer Unabhängigkeit (*esteglal*) von der globalen Hegemonialmacht USA basierte. Eine der Hauptparolen der Islamischen Revolution war „Unabhängigkeit, Freiheit, Islamische Republik“ (*esteglal, azadi, jomhuriye eslami*). Die Rangfolge der Forderungen macht deutlich, dass die neue politische Elite der regionalen Autonomie vom Westen oberste Priorität einräumt. Die Politik der Annäherung an den Westen in der Post-Khomeini-Ära basiert noch heute auf der „*esteglal-Strategie*“.<sup>58</sup>

56 Die Nachfolge des charismatischen Herrschers anzutreten, ist ein schweres Erbe, denn Khomeinis Herrschaft legitimierte sich aus dem Grad seines religiösen Wissens und Charismas. Khomeini war ein führender Rechtsgelehrter. Der jetzige Revolutionsführer wurde zum Nachfolger Khomeinis ernannt, obwohl er nicht den Rang eines „Marja'-e taqlid“ erreicht hatte, somit geriet die Besetzung der Führerämter und deren Reichweite in ein machtpolitisches Gerangel. Denn jeder „Marja'-e“ muss eine besondere theologische Abhandlung (*risala amalliyya*) veröffentlicht haben, eine Voraussetzung, die der Revolutionsführer bislang nicht erfüllen konnte. Außerdem fehlten dem Nachfolger die außergewöhnlichen Eigenschaften des Ayatollah Khomeinis. Dies führte schließlich 1989 zu einer Verfassungsänderung. Vgl. hierzu u. a. Rosiny, a.a.O. (Anm. 45), S. 87; Wilfried Buchta, Die Islamische Republik Iran und die religiös-politische Kontroverse um die *marja'iyat*, in: *Orient*, Jg. 36, Nr. 3, 1995, S. 449-474.

57 Der Staatspräsident ist nach der derzeitigen Verfassung nur für die Leitung der Exekutive zuständig. Im Oktober 2002 hat Staatspräsident Seyyed Mohammad-e Khatami dem Wächterrat (*Shura-ye negahban*) einen neuen Gesetzesentwurf vorgelegt, der, gestützt auf Artikel 113 der Verfassung der Islamischen Republik, dem Präsidenten das Recht einräumt, die Einhaltung der Verfassung zu überwachen. Dieses Recht ist aber dem Revolutionsführer (seit 1989 Ayatollah al Udhma Seyyed Ali Khamenei), der vom Expertenrat (*Majles-e khobregan*) auf Lebenszeit gewählt wird und somit den höchsten Rang im Staat verkörpert, vorbehalten. Die Ironie des Ganzen liegt darin, dass der Wächterrat mit seiner Zustimmung die eigene Macht und die des Revolutionsführers einschränken würde. Der Verfassungskonflikt lässt also erkennen, dass neben dem vom Volk gewählten Staatspräsidenten und dem Parlament mit „demokratischem Charakter“ noch weitere Machtzentren existieren, die sich der Kontrolle des republikanisch-demokratischen Teils des Staates entziehen. Der Gesetzesentwurf ist folgerichtig vom Wächterrat abgelehnt worden. Zu den Machtkompetenzen des Staatspräsidenten vgl. Asghar Schirazi, Die Widersprüche in der Verfassung der Islamischen Republik vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzung im nachrevolutionären Iran, Berlin, 1992.

58 Zu Kontinuitäten und Wandlungen in der iranischen Außenpolitik der postkhomeinischen Zeit vgl. Anoushiravan Ehteshami, *The Foreign Policy of Iran*, in: Raymond A. Hinnebusch/Anoushiravan Ehteshami (Hg.), *The Foreign Policies of Middle East States: The Middle East in the International System*, Colorado, 2002, S. 283-311.

### 3.5 Probleme der Dekonstruktion von Feindbildern in der Khatami-Ära

Die ersten politischen Schritte einer Politik der Annäherung an Europa, Japan, China und Russland wurden zwar in der Rafsanjani-Ära eingeleitet, jedoch nicht verfestigt. Mit dem Sieg Mohammad Khatamis bei den Präsidentschaftswahlen von Mai 1997<sup>59</sup> wurden neue außenpolitische Akzente gesetzt. Die von Rafsanjani geschaffenen politischen Räume sollten ausgebaut und die Beziehungen vor allem mit Europa intensiviert werden. Völkerverständigung und Dialog der Kulturen bildeten die Grundlage der außenpolitischen Beziehungen.<sup>60</sup>

Die Reformer erkannten, dass Iran langfristig ohne die Anerkennung der USA nicht als regionaler Hegemon fungieren kann. Khatamis Versuche, eine Neuorientierung in der Politik gegenüber Washington zu bewirken, scheiterten bislang an den Erzkonservativen. Khatamis Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender CNN im Februar 1998<sup>61</sup> löste in Iran bei den Konfliktparteien der Reformer und Konservativen einen brisanten Diskurs über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA aus. In dem Interview hatte Khatami seine Bewunderung für die amerikanische Nation bekundet und die Besetzung der amerikanischen Botschaft zu Beginn der Revolution bedauert. Damit signalisierten die Reformer, allen voran Khatami, dass sie zu Gesprächen mit den USA bereit wären. Präsident Clinton autorisierte im September 2000 seine Außenministerin Madeleine Albright, erste Gespräche mit den Iranern über Afghanistan aufzunehmen und die Sanktionen teilweise aufzuheben.<sup>62</sup>

Die Clinton-Administration hatte sich zu Beginn der 90er Jahre in ihrem außenpolitischen Umgang mit Iran und dem Irak der so genannten *dual containment strategy* („Politik der doppelten Eindämmung“) verschrieben. Vor dem Hintergrund der Bestrebungen beider Länder, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, verfolgte die US-Regierung mit dieser Strategie das Ziel, sie in der Golfregion schwach zu halten. Mitte der 90er Jahre wurde die Strategie geändert: Die US-Regierung verkündete das Konzept des *differentiated containment*, wonach nur im Irak ein Regimewechsel herbeigeführt werden sollte.<sup>63</sup> Khatami hatte mit seinen diplomatischen Signalen an Washington die Grenze seiner Machtkompetenzen bei weitem überschritten. Dass die Debatte über die Machtkompetenzen des

59 Zu den Präsidentschaftswahlen 1997 und deren Auswirkung auf den Reformprozess vgl. Olivier Roy, *The Crises of Religious Legitimacy in Iran*, in: *The Middle East Journal*, Jg. 53, Nr. 2, Frühjahr 1999, S. 201-216.

60 Vgl. Bahram Mohy, *Die iranische Außenpolitik unter Khatami*, in: *INAMO*, Jg. 7, Nr. 25, Berlin, Frühjahr 2001, S. 9-12.

61 Näheres zur Khatamis Öffnungskurs vgl. das Interview gegenüber CNN am 7. Januar 1998, in: *Internationale Politik*, Nr. 3, 1998, S. 121-125. Zur Transformation der politischen Kultur unter Khatami vgl. Reza A. Sheikholeslami, *The Transformation of Iran's Political Culture*, in: *Journal for Critical Studies of the Middle East*, Nr. 17, Herbst 2000, S. 105-135.

62 Eine gute Einführung in Clintons Iranpolitik gibt Christian Hacke, *Die Politik der Clinton-Regierung im Nahen und Mittleren Osten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49, Bonn, 1. Dezember 2000, S. 13-18.

63 Vgl. Ferhad Ibrahim, *Irak und Iran in der Phase II des amerikanischen Krieges gegen Terror*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25, Bonn, 21. Juni 2002, S. 31-38.



Staatspräsidenten zwischen den Konfliktparteien der Reformer und der Konservativen immer noch andauert, ist ein Indiz dafür, wie weitgehend dem Präsidenten die Hände gebunden sind.

Khatamis Politik der „stillen Diplomatie“<sup>64</sup> während seiner bisherigen Amtszeit lässt Raum für die Formulierung einer Hypothese über diese Strategie: Der religiös-politische Diskurs über die Vereinbarkeit von islamischen Grundsätzen und Demokratie<sup>65</sup> hängt eng damit zusammen, dass allmählich ins Bewusstsein gedrungen ist, dass die Durchsetzung von Reformen mit säkularisiertem Inhalt den Fortbestand der islamischen Herrschaft gefährden kann. Trotz bestehender Differenzen mit den Erzkonservativen befürwortet Khatami grundsätzlich die Herrschaft des herrschenden Rechtsgelehrten. Seine Befürchtungen gehen dahin, dass im Falle eines umfassenden Vorgehens gegen die Erzkonservativen die Revolutionsgarden gegen die Reformer putschen und sie schließlich ablösen könnten.<sup>66</sup> Der Ausgang der Parlamentswahlen vom Februar 2004 hat diese Befürchtungen teilweise bestätigt; denn die Vorauswahl der Parlamentskandidaten sorgte dafür, dass die Reformer durch Konservative abgelöst wurden.

Die Ereignisse des 11. September haben zur Verhärtung der Fronten zwischen den USA und Iran geführt. Obwohl Iran die terroristischen Anschläge verurteilte, zählt der US-Präsident Iran neben dem Irak und Nordkorea zu den „Schurkenstaaten“ (*rogue states*). Die ideologischen Vorwürfe der USA gegen Teheran lauten: ideologische und materielle Unterstützung der Hizbollah, Beherbergung von al-Qaida-Anhängern und Behinderung des Nahost-Friedensprozesses.<sup>67</sup> Seit dem 11. September verknüpfen die USA verstärkt ihre langfristige Überzeugung von einem gewaltbereiten fundamentalistischen Staat mit der Deutung der konkreten politischen Fragen. In den Augen der iranischen Öffentlichkeit wiederum ist das Selbstbild der USA – wir sind die führende Macht der „Freien Welt“ und stehen für Rechtsstaatlichkeit, Zivilisation, Demokratie und Frieden – regelrecht selbstverherrlichend.<sup>68</sup> Diese Leseart schließt aus, dass Iran ein legitimes sicherheitspolitisches Interesse haben könnte, etwa eine Invasion des globalen Hegemons abzuschre-

64 Vgl. Asghar Schirazi, Mohammad Khatami. Resümee der Regierung eines „entrechteten“ Staatspräsidenten, in: INAMO, Jg. 4, Nr. 16, Berlin, Winter 1998, S. 29-33.

65 Zur Vereinbarkeit/Nicht-Vereinbarkeit von Islam und Demokratie vgl. u. a. John L. Esposito/John O. Voll, *Islam and Democracy*, New York, 1996; Mohammed Arkoun, *Religion und Demokratie: Das Beispiel Islam*, in: Edmund Heller/Hassouna Mosbahi (Hg.), *Islam, Demokratie, Moderne. Aktuelle Antworten arabischer Denker*, München, 1998, S.138-153.

66 Vgl. Asghar Schirazi, a.a.O. (Anm. 64), S. 29-33.

67 Zu den verschiedenen Reaktionen auf die Ereignisse des 11. September innerhalb Irans vgl. Johannes Reissner, *Reaktionen auf die Ereignisse in den USA. Reaktionen in Iran*, Brennpunktbeitrag, 14. August 2001, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org).

68 Die Konstruktion der Führungsrolle existiert seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, aus dem die USA als Sieger hervorgingen. Vgl. hierzu Katajun Amirpur, *Iran auf der Achse des Bösen*, KAS-AI 12/02, S. 64-80. Zur Identifizierung von Schurkenstaaten vgl. Mary Caprioli/Peter F. Trumbore, *Identifying Rogue States and Testing their Interstate Conflict Behaviour*, in: *European Journal of International Relations*, Jg. 9, Nr. 3, September 2003, S. 377-406.

cken.<sup>69</sup> Seit dem 11. September, der veränderten Sicherheitslage und dem internationalen Druck befindet sich die Regierung in Teheran in einer prekären Lage.<sup>70</sup> Das vorläufige Scheitern der Reformen versetzt die Studenten, die so genannten „Kinder der Islamischen Revolution“, in die Lage, auf Abweichungskurs zu Khatami zu gehen. Die Konservativen bewerten diesen „Emanzipationskurs“ der islamischen Studenten als Verrat und werfen ihnen die Zusammenarbeit mit den traditionellen Feinden der Islamischen Republik, den USA und Exil-Monarchisten, vor. Die Studentenproteste sind Ausdruck dafür, dass sich neben dem herrschenden Islamverständnis innerhalb der Gesellschaft alternative Interpretationen entwickelt haben und diese immer stärker an Boden gewinnen.<sup>71</sup>

Als konkurrierende Kraft zu den staatlichen Klerikern fungiert die Diskurselite. Sie setzt sich aus Klerikern, Laien und Intellektuellen (*roschanfekran-e dini* oder *roschanfekran*) zusammen.<sup>72</sup> Zu den führenden Persönlichkeiten dieser Bewegung zählen allen voran der Geistliche Mohammad Mogtahed Shabestari<sup>73</sup>, Mohsen Kadivar<sup>74</sup> und der Philosoph Abdolkarim Soroush. Letzterer löste mit seinen Beiträgen in den Zeitschriften *kiyan* und *aftab* eine lebhafte Debatte über die Entideologisierung der religiösen Lehren aus. Auf ihn geht die „Theorie der Evolution/Wandelbarkeit der religiösen Erkenntnisse“ (*nazariyeh-ye ma'refat-e dini*) zurück.<sup>75</sup> Die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus diesem theoretischen Ansatz lassen sich auch auf die Wandlungsfähigkeit der iranischen Außenpolitik übertragen. Denn gerade die innovativen Interpretationen des Islam eröffnen den politischen Akteuren die Perspektive, vom religiösen Anspruch abzurücken und sich womöglich international geltenden Werten und Normen zu fügen. Die Wirkung der neu gesetz-

69 Für Alexander Wendt sind nationale Interessen soziale Tatsachen, die sich nicht „objektiv“ ergeben. Vielmehr gedeihen sie auf der Basis subjektiver Faktoren und historisch-kultureller Erfahrungen. Nationale Interessen werden repräsentiert. Es wird zwischen langfristigen, mittelfristigen und kurzfristigen Repräsentationen des nationalen Interesses unterschieden. Langfristige beziehen sich auf grundlegende Strategien, mittelfristige auf einen Konflikt und kurzfristige auf eine Krise. Vgl. Alexander Wendt, *Anarchy is What States Make of It*, in: *International Organisation*, Jg. 46, Nr. 2, Frühjahr 1992, S. 391-425.

70 Vgl. Roham Alvandi, *Iranian-American Relations after 11 September*, ISIM Newsletter, Leiden, Juli 2002.

71 Eine zweite Revolution, wie es amerikanische Konservative prophezeiten, blieb jedoch aus.

72 Vgl. z.B. Johannes Reissner, *Iran. Vor dem Ende klerikaler Macht?*, in: Volker Perthes (Hg.), *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, SWP-Studie, Nr. 41, Berlin, Dezember 2002, S. 189-209; Morad Saghafi, *Islamische Intellektuelle und der Demokratisierungsprozess*, in: INAMO, Jg. 7, Nr. 25, Berlin, Frühjahr 2001, S. 21-24.

73 Shabestari gehört zu den führenden Befürwortern einer islamischen Demokratie. Er studierte in Qum Theologie und leitete von 1970-1979 das schiitisch Islamische Zentrum in Hamburg. Seit 1985 ist er Professor an der Teheraner Universität in den Fächern Religionsphilosophie und Islamische Theologie (Islamische Hermeneutik). Zur Kurzbiographie vgl. u. a. Katajun Amirpur, *Mohammad Mojtahed Shabestari*, in: *Orient*, Jg. 41, Nr. 1, 2000, S. 14-17; Farzin Vahdat, *Post-Revolutionary Discourses of Mohammad Mojtahed Shabestari and Mohsen Kadivar. Reconciling the Terms of Mediated Subjectivity*, in: *Critique*, Nr. 17, Herbst 2000, S. 135-157.

74 Vgl. hierzu Jamileh Kadivar, *Transformation of the Shi'ite Political Dialogue in Iran*, Teheran, 2000, in Pers.: *Tahavvol e Gofte-man e Siasi ye Shi'eh dar Iran*, Teheran, 2000.

75 Zu den philosophischen Ansichten Soroush und Shabestaris vgl. u. a. Reza Hajatpour, *Die iranische Geistlichkeit zwischen Utopie und Realismus. Zum Diskurs über Herrschafts- und Staatsdenken im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden, 2002; Katajun Amirpur, *Ein iranischer Luther? Abdolkarim Soroushs Kritik an der schiitischen Geistlichkeit*, in: *Orient*, Jg. 37, Nr. 3, September 1996, S. 465-481.

ten Normen in den religiösen Diskursen belegen die jüngsten Umfragen der Meinungsforschungsinstitute 2002 in Teheran. Danach befürworteten 75 Prozent der iranischen Bevölkerung die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den USA. Die Folgen der Umfrage waren für die Meinungsforscher verheerend. Die Verantwortlichen, Hossein Ali Ghazian (Dozent und Direktor des Instituts für Meinungsforschung *ayandeh*) und Abbas Abdi (Journalist), wurden von der iranischen Justiz zu vier Jahren Haft verurteilt. Der Name Abbas Abdi steht für eine Reformbewegung, die zwar die Islamische Revolution initiiert hatte, sich jedoch in der postrevolutionären Phase von ihren anfänglichen Revolutionsansichten distanzierte. Abdi befürwortet den Dialog mit dem Erzfeind USA.<sup>76</sup> Diese von einem Parlamentsausschuss in Auftrag gegebene Umfrage über die Wiederaufnahme des politischen Dialogs wurde von den Erzkonservativen als „politisch-ideologisch“ eingestuft und als solche diskreditiert.

#### 4. Irans regionale Außenpolitik am Beispiel des Irak

Ist die Außenpolitik der Islamischen Republik als Fortsetzung der pragmatischen Linie zu begreifen? Welcher Spielraum bleibt Iran angesichts der neuen Sicherheitslage? Inwieweit kann Iran den Forderungen des Erzfeindes USA „*sheitane bozorg*“ nachkommen?

##### 4.1 Strategie der „aktiven Neutralität“ im Irakkrieg 2003 – Ergebnis des ersten Golfkriegs?

Obwohl die iranische Regierung genug Gründe für eine Zusammenarbeit mit den USA in der Irakfrage hatte, beschränkte sie sich auf die Strategie der „aktiven Neutralität“.<sup>77</sup> Nachdem Saddam Hussein am 22. September 1980 iranische Militärbasen und Flughäfen angegriffen hatte, um die Macht der Islamischen Republik zu brechen, wurden beide Staaten in einen achtjährigen Krieg verwickelt. Saddam Hussein verfolgte zu jener Zeit das Ziel, die Islamische Republik in die Knie zu zwingen und so den Revolutionsexport in den Irak zu verhindern. Die Folgen des Krieges haben das Verhältnis Iran-Irak in der Saddam-Ära nachhaltig geprägt. Die Kriegsoffer und die materiellen Schäden in Milliardenhöhe haben das iranisch-irakische Verhältnis enorm belastet. Über den Austausch von Kriegsgefangenen wurde jahrelang verhandelt. Erst im März 2003 verkündeten beide Staaten die Freilassung der letzten Kriegsgefangenen.<sup>78</sup>

76 Vgl. Abbas Abdi, A Painful Record of the Past, 28. July 1998, [www.american-iranian.org/Pages/Archives/Perspectives/Abdi.html](http://www.american-iranian.org/Pages/Archives/Perspectives/Abdi.html).

77 Vgl. John Calabrese, Iran Between the Python and the Scorpion, Middle East Institute Perspective, Washington, 26. März 2003.

78 Vgl. zur ideologischen Grundeinstellung im Iran-Irak Krieg Udo Steinbach, Iran, in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hg.), Der Islam in der Gegenwart, München, 1989, S. 234 f.

Die anti-schiitische Politik der irakischen Baath-Partei verschärfte den Konflikt zwischen dem säkularisierten Irak und dem islamischen Regime in Iran. Obwohl 60 Prozent der irakischen Bevölkerung schiitischen Glaubens sind, waren sie in der Regierung und in der Verwaltung unterrepräsentiert. Arabische Sunniten nahmen staatliche Schlüsselpositionen ein. Die gesellschaftspolitische Benachteiligung der Schiiten ist nicht neu: Schon die osmanischen Herrscher zogen bei der Besetzung von Verwaltungsposten Sunniten vor. Viele Schiiten boykottierten Bildungseinrichtungen, da sie sunnitisch ausgerichtet waren. Die irakischen Schiiten hatten bereits zu osmanischen Zeiten enge Verbindungen zu den schiitischen Persern gepflegt.<sup>79</sup> Dies war nicht nur den Türken, sondern auch Saddam Hussein ein Dorn im Auge. Im Südirak sorgten die Schiiten für mehrere Aufstände, die von der irakischen Armee blutig niedergeschlagen wurden. Iran wiederum gewährte schiitischen Oppositionellen aus dem Irak Unterschlupf, darunter dem irakischen Schiitenführer Ayatollah Muhammad Bakr al-Hakim. Der 67-Jährige Ayatollah war der Vorsteher des Obersten Rats der Islamischen Revolution (SCIRI), die von Teheran aus operierte. Die Hoffnung der iranischen Regierung, dass es nach dem Sturz Saddam Husseins mit ihrer Hilfe zu einer Beteiligung der irakischen Schiiten an der Regierung kommen werde, wurde allerdings von den irakischen Exilschiiten nicht geteilt; sie hielten daran fest, dass der Widerstand gegen Saddam Hussein eine Sache des irakischen Volkes und nicht die Irans sei.<sup>80</sup>

Die iranische oppositionelle Organisation der Volksmoghahedin unter der Führung Massoud Radjavis hielt sich seit 1986 mit Duldung der irakischen Regierung in Bagdad auf. Der Terminus *Moghahedin* bedeutet Glaubenskämpfer. Mit dem Einverständnis des irakischen Ex-Präsidenten gründete Radjavi die „Nationale Befreiungsarmee“ (NLA), die im Iran-Irak-Krieg auf der Seite der irakischen Streitkräfte kämpfte. Die Organisation der Volksmoghahedin ist verantwortlich für viele Morde an Vertretern des islamischen Establishments und für Anschläge auf Einrichtungen der Islamischen Republik. So wurden 1981 bei einem Bombenanschlag Hojjatulislam Seyyed Mohammad Hosseini-Beheshti und weitere 72 Parlamentarier des *Majles* getötet. Beheshti gehörte zum engen politisch-religiösen Kreis des Ayatollah Khomeini und wurde nach seinem Tod als Märtyrer gefeiert. Der Sieg der Amerikaner über Saddam Hussein 2003 bedeutete dann auch für die Allianz von Volksmoghahedin und irakischem Herrscher das Ende. Freilich hatte die iranische Regierung ihrerseits gute Gründe, nicht mit den siegreichen USA zu kooperieren: Bis 1979 hatten die USA das repressive Pahlavi-Regime als Stabilitätsfaktor aufgerüstet, aber als sie sich mit der Islamischen Revolution konfrontiert sahen, beschlossen sie, auf den Irak als neuen Stabilitätsfaktor zu setzen.<sup>81</sup>

79 Vgl. Thomas Koszinowski, Syrien, Jordanien und Irak, in: ebenda, S. 365.

80 Zu al-Hakim als politisch-religiöser Akteur vgl. Silke Mertins, Mohammed Bakir al-Hakim: Religiöser Führer und politisches Idol, in: Financial Times Deutschland, 13. Mai 2003, <http://ftd.de>.

81 Vgl. u. a. Iran-Report, Nr. 07, Berlin, 2003, S. 8 ff; Katajun Amirpur, Exilopposition als politischer Akteur: Iran – Das Beispiel der Volksmoghahedin, DOI-Focus, Nr. 5, November 2002.

## 4.2 Iran zwischen innenpolitischem Streit und außenpolitischer Krisenbewältigung

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem Irak und den USA wurde in Iran genauestens verfolgt. Der außenpolitische Druck Washingtons auf der einen und die innenpolitischen Entwicklungen auf der anderen Seite sorgten für enorme Brisanz. So meldete die BBC-Persian in einem Artikel, dass in Iran die Meinungen zu einem möglichen Angriff der USA auf den Irak sowohl in der Bevölkerung als auch unter den Regierungsmitgliedern durchaus geteilt seien.<sup>82</sup>

Es war die offizielle Strategie der „aktiven Neutralität“, mit der sich die pragmatische Position der Reformer in Bezug auf die Irakfrage durchsetzte.<sup>83</sup> Die Reformer waren bemüht, die Spannungen mit den USA abzubauen. Die Angst, die USA könnten nach dem Sieg über den Irak Iran angreifen, veranlasste einige Reformer dazu, sich für eine Kooperation mit den USA in der Irakfrage auszusprechen.<sup>84</sup> Die Erzkonservativen des Landes griffen in ihrem Bestreben, den aktuellen außenpolitischen Herausforderungen zu begegnen, wieder auf die alten Propagandamuster zurück, indem sie hartnäckig am Feindbild USA, dem „Großen Satan“, festhielten. Eine Kooperation mit Saddam Hussein stellte für sie allerdings keine politische Alternative dar. Pragmatiker wie Khatamis Amtsvorgänger Ali Akbar Hashemi Rafsanjani unterstützten die offizielle Haltung Irans in der Irakkrise, kritisierten aber gleichzeitig die arabischen Staaten, die den Amerikanern die Benutzung ihrer Flugbasen gestatteten.<sup>85</sup>

Der ehemalige irakische Außenminister Naji Sabri Ahmed reiste vor dem Angriff der USA auf den Irak nach Teheran und warb um diplomatische Unterstützung. Er betonte bei diesem Besuch, dass sich die Bedrohung durch die USA nicht nur gegen den Irak, sondern gegen alle islamischen Staaten richte. Die iranische Regierung blieb jedoch bei der Forderung, der Irak solle die Resolutionen des Weltsicherheitsrates umsetzen. Die offizielle iranische Position war die, einen Alleingang der USA abzulehnen und sich gleichzeitig für die territoriale Integrität und politische Souveränität des Irak einzusetzen. Gegenüber der iranischen Presse erklärte Khatami bei Sabris Besuch, seine Ablehnung des Krieges bedeute nicht, dass er Saddam Hussein unterstütze.

In Iran gab es zahlreiche Stimmen, die davor warnten, der Krieg werde den Frieden im Mittleren Osten gefährden. Andere wiesen auf die negativen Folgen eines Waffengangs für die ohnehin angeschlagene Wirtschaft hin. Es gab aber auch pro-amerikanische Stimmen. Sie begrüßten den Sturz der Talibanregierung in Afghanistan und die Befreiung der afghanischen Bevölkerung.<sup>86</sup> Einige Akteure aus den Reihen der Regierung ließen durchsi-

82 Vgl. BBC-Persian News, Zugriff 17. Januar 2003.

83 Der iranische Pragmatismus ging sogar so weit, dass die Regierung in Teheran mit den Amerikanern in der Frage der Notlandung von amerikanischen Flugzeugen auf iranischem Territorium kooperierte. Vgl. Barbara Starr, U.S., Iran agrees on plan for downed fliers, CNN, 25. November 2002.

84 Vgl. Katajun Amirpur, Iran: zwischen aktiver Neutralität und Isolationsangst, [www.fes.de/brennpunkt](http://www.fes.de/brennpunkt).

85 Vgl. BBC-Persian News, Rafsanjanis Rede zum islamischen Opferfest, Zugriff 12. Februar 2003.

86 Vgl. BBC-Persian News, Zugriff 13. Februar 2003.

ckern, dass sie nichts gegen einen US-Angriff wie in Afghanistan einzuwenden hätten. Die offizielle Regierungshaltung jedoch verurteilte einen solchen Alleingang. Der Vertreter Präsident Khatamis, Mohammed Ali Abtahi, betonte in einem Interview: „Die neue afghanische Regierung und Herr Kazai sind für uns besser als die Talibanregierung.“ Und er fügte hinzu, die zukünftige irakische Regierung könne für Iran keine Bedrohung sein, weil keine Regierung Iran seine Rolle streitig machen könne.<sup>87</sup>

### 4.3 Ausdehnung der Strategie der „aktiven Neutralität“ im Post-Saddam-Irak 2003/2004

Welche politische Strategie verfolgt Iran im Post-Saddam-Irak? Wie weit reicht der Einfluss Irans auf die irakischen schiitischen Organisationen? Bereits vor dem Angriff der USA lag es auf der Hand, dass Teheran im Rahmen der Strategie der „aktiven Neutralität“ im Post-Saddam-Irak weiterhin seine nationalen Interessen wahrnehmen würde. Offiziell ist die iranische Außenpolitik unter Leitung des Außenministers Kamal Karrazi an der Etablierung einer friedlichen und demokratischen Herrschaftsordnung im Post-Saddam-Irak interessiert. Man geht davon aus, ein unabhängiger, rechtsstaatlich orientierter Irak werde auch stabilisierend auf die iranische Innenpolitik wirken.<sup>88</sup> Iran unterstützt daher die Forderung nach sofortiger Beendigung der Diskriminierung von ethnischen und konfessionellen Gruppierungen und ist gegen eine staatliche Verfassung, die die Vorherrschaft einer Religionsgemeinschaft, seien es nun Schiiten oder Sunniten, oder von ethnischen Gruppierungen sichert. Da die irakische Gesellschaft sich in ihrer Mehrheit aus Muslimen zusammensetzt, fordert Iran die Betonung der islamischen Identität des sich neu formierenden irakischen Staates.<sup>89</sup> Mit der Forderung nach territorialer Integrität des Irak stellt sich Iran gegen eine föderative Struktur des Landes. Wie bereits in der Einleitung erläutert, könnte das Modell des Föderalismus separatistische Bestrebungen der iranischen Kurden oder anderer ethnischer Minderheiten fördern.<sup>90</sup>

Neben dem Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu seinem Nachbarland will Iran den Prozess des regionalen Dialogs und der Koexistenz auch mit Blick auf die Kultur vorantreiben. In diesem Sinne organisierte das *Center for Persian Gulf and Middle East Studies* am *Institute for Political and International Studies* (IPIS) in Teheran im Februar 2004 eine internationale Konferenz unter dem Titel: „Persian Gulf: Regional Developments in the Aftermath of Iraq Occupation“. Die politisierten irakischen Geistlichen schiitischen Glaubens streben zwar langfristig eine Beteiligung an der Regierungsarbeit an, ordnen sich jedoch dem Nationalstaat unter. Unter solchen Bedingungen

87 Vgl. BBC-Persian News, Zugriff 14. Februar 2003.

88 Zum demokratischen Dominoeffekt in der Golfregion vgl. Volker Perthes, Nach Saddam Hussein. Politische Perspektiven im Mittleren Osten, SWP-Studie, Nr. 13, Berlin, April 2003.

89 Vgl. Iran plädiert erstmals für Regimewechsel, dpa 12. Februar 2003.

90 Vgl. Ferhad Ibrahim, Regimewechsel in Bagdad? Die Positionen der Nachbarstaaten, in: Bernd W. Kubbig, (Hg.), Brandherd Irak. US-Hegemonialanspruch. Die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/M./New York, 2003, S. 254-262.

erweist es sich für die iranische Regierung freilich als besonders schwierig, ihren Einfluss im Irak zu vergrößern.

Dass Iran nichts gegen einen Neuanfang im Irak auf der Grundlage internationaler Gesetze, Normen und Institutionen einzuwenden hat, lässt darauf schließen, dass er eine zweite islamische Kulturrevolution bislang weder erproben wollte noch künftig erproben wird. Der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld verkannte diese Haltung Teherans, als er im *Wall Street Journal* im Mai 2003<sup>91</sup> schrieb, die USA werden nicht zulassen, dass sich der Irak zu einer neuen islamischen Republik Iran entwickle. Die Frage, ob die Teheraner Regierenden einen „Gottesstaat“ nach iranischem Muster im Irak wollen, ist jedoch obsolet. Zum einen verschleiern die komplexen und widersprüchlichen Entwicklungen im Post-Saddam-Irak die regionalen politischen Interessen der Regierung in Teheran, zum anderen verleiten sie die USA dazu, die politischen Entwicklungen innerhalb der Islamischen Republik zu ignorieren.<sup>92</sup> Die regionalen Interessen Irans sind vor allem in der Herstellung von Frieden und Stabilität im Post-Saddam-Irak zu sehen. Sowohl die Reformer als auch die Konservativen verurteilen die Anschläge im Zweistromland und fordern zugleich den Abzug der US-Truppen.<sup>93</sup> Zur Herstellung von Sicherheit im Irak ist es aus iranischer Sicht vordringlich, dass Wahlen stattfinden und den Irakern die Souveränität übertragen wird. Diese beiden Ziele können mit dem Wahlsieg der konservativen Pragmatiker in die Praxis umgesetzt werden, denn diese verfügen auch über gute Beziehungen zu den irakischen Schiiten.

#### 4.4 Innerreligiöse Konflikte im Irak und deren Auswirkungen auf die Islamische Republik

Im Irak agieren zahlreiche konkurrierende schiitische Organisationen, Rechtsschulen, „Autoritätspersonlichkeiten“ und theologische Hochschulen. Neben den innerreligiösen Differenzen in den schiitischen Gemeinden in Najaf existiert eine religiös-politische Konfliktlinie mit der theologischen Hochschule in Qum/Iran. Die schiitische Gemeinde im Irak ist zwar sehr heterogen, fühlt sich jedoch von iranischen Geistlichen nicht repräsentiert. Die theologische Hochschule in Najaf galt bis 1921 als eine der wichtigsten unter den zwölferschiitischen Wissenschaftszentren. Erst unter der Leitung des Gelehrten Ayatollah

91 Vgl. Donald Rumsfeld, Core Principles For A Free Iraq, Wall Street Journal, 27. Mai 2003, [www.global-security.org/wmd/library/news/iraq/2003/05/05-27\\_index.htm](http://www.global-security.org/wmd/library/news/iraq/2003/05/05-27_index.htm).

92 Die USA erklären die Reformbestrebungen innerhalb des politischen Systems Irans für gescheitert und erwecken den Anschein, eine Demokratisierung Irans sei nur mit Hilfe der USA zu erreichen. Die sich herausbildende religiöse Gegenkultur innerhalb der Zivilgesellschaft, vor allem die geistige Auseinandersetzung zwischen Vertretern der religiösen Diskurselite, wurde in den politischen US-Debatten systematisch ausgeblendet. Zu Machtkämpfen zwischen den Schiiten im Irak vgl. Der Irak nach Saddam. Die Zukunft des Irak heißt Schia. Der Machtkampf hat begonnen, Iraks Schiiten erheben ihre Stimme, NZZ, 11. Mai 2003.

93 Vgl. die Äußerungen des Parlamentsvorsitzenden Mehdi Karrubi zur Teilnahme an der dritten Sitzung der Parlamentsvorsitzenden der islamischen Länder in der senegalischen Hauptstadt Dakar, in: [www.irib.ir](http://www.irib.ir) (Zugriff: 8. März 2004).

'Abd- al-Karim Ha'iri Yazdi und seinen Nachfolgern vermochte Qum zu einer Konkurrenz für das irakische Najaf zu werden. Ha'iri leitete von 1922 bis 1937 die bekannteste schiitische Wissensstätte „*Madrassa-ye Feiziyye*“, an der auch Khomeini studieren und lehren sollte. Najaf besitzt eine lange politische Tradition. Im Schutze der Heiligtümer der Schreine wurde politisch Oppositionellen schon immer Asyl (*bast*) gewährt. Hier halten sich heute geistliche iranische Oppositionelle auf.<sup>94</sup>

In Najaf befindet sich auch der Sitz der wichtigsten geistlichen „Autoritätsperson“ der Schiiten, Groß-Ayatollah Seyyed Ali Husaini Sistani,<sup>95</sup> dem in den Auseinandersetzungen um die Etablierung einer Demokratie eine zentrale Rolle zukommt. Ayatollah Sistani versteht sich in erster Linie als Gelehrter und ist wie viele andere Groß-Ayatollahs auch „quietistisch“<sup>96</sup> eingestellt. Als „Instanz der Nachahmung“ (arab. *Marja'-e taqlid*) hat er eine große Anhängerschaft. Als ausschlaggebendes Kriterium für die Autorität Sistanis gilt der Grad seiner wissenschaftlichen Qualifikation. Gemäß der seit dem 18. Jahrhundert dominierenden Usuli-Doktrin muß jeder Schiit einen *Marja'-e* wählen und dessen *fatwa* in religiösen und sozialen Fragen befolgen.<sup>97</sup> Sistani erließ im April 2003 das erste pro-amerikanische Rechtsgutachten (*fatwa*) im modernen politischen Islam, in dem er anordnete, dass die Schiiten im Irak sich nicht gegen die Amerikaner stellen dürfen.<sup>98</sup> Die These von der politischen Wandlungsfähigkeit kann auch auf Sistani bezogen werden. Neun Monate nach seiner pro-amerikanischen *fatwa* forderte er am 11. Januar 2004 die Etablierung einer neuen irakischen Regierung durch freie Wahlen. Damit stellt sich Sistani ganz klar gegen die US-Pläne, die eine irakische Übergangsregierung ohne allgemeine Wahlen zu ernennen beabsichtigen. Sistanis Forderung nach freien Wahlen findet auch Zustimmung beim iranischen Präsidenten Khatami.<sup>99</sup>

Die Erzkonservativen setzten zunächst auf Ayatollah Mohammed Bakir al-Hakim, der bei einem Anschlag auf eine Moschee im irakischen Najaf getötet wurde. Hakim pflegte engen Kontakt zum konservativen iranischen Revolutionsführer. Umso mehr erstaunte er die Amerikaner, als er nach seiner Rückkehr in das Zweistromland für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintrat. Hakim und seine Anhänger lernten im iranischen Exil mit der Islamischen Revolution die politisch-religiösen Leitideen des Ayatollah Khomeini kennen

94 Zu Eigenheiten der iranischen und des irakischen Schiismus vgl. u. a. Yitzhak Nakash, *Iraqi and Iranian Shi'ism. How similar are they?* in: Rainer Brunner (Hg.), *Islamstudien ohne Ende*, Abhandlung für die Kunde des Morgenlandes, Jg. 54, Nr. 1, Würzburg, 2002, S. 69-78; Abdul-Hadi Hairi, *Shi'ism and constitutionalism in Iran. A study of the role played by the Persian residents of Iraq in Iranian politics*, Leiden 1977.

95 Zum Profil Sistanis vgl. Tarik Kafala, *Profile: Ayatollah Ali Sistani*, in: BBC-Persian News Online, Zugriff 12. Januar 2004.

96 Der Terminus Quietismus ist gleichzusetzen mit nach innen gekehrt oder apolitisch.

97 Zu den Hierarchien innerhalb der Institution des schiitischen Klerus siehe: Ahmad Kazemi Moussavi, *The Institutionalization of Marja'-I Taqlid in the Nineteenth Century Shi'ite Community*, in: *The Muslim World*, Jg. LXXXIV, Nr. 3-4, S. 279-299.

98 Vgl. hierzu Amir Taheri, *Shiite Schism*, *Wall Street Journal*, 07. April 2003.

99 Siehe Pressekonferenz Mohammad Khatamis in Davos/Schweiz zum Weltwirtschaftsforum, CNN, 21. Januar 2004.



und teilten anfänglich die Ansichten des erzkonservativen Lagers. Die Tatsache, dass Hakim von seiner ursprünglichen Position, nämlich der Errichtung eines „Gottesstaates“ nach iranischem Vorbild, abgewichen ist, lässt sich vor allem aus dem Konzept der inhärenten Wandelbarkeit verstehen. Der Positionswandel al-Hakims hängt in erster Linie mit dem Wunsch nach Unabhängigkeit (auch von Iran) und Selbstbestimmung zusammen; denn im iranischen Exil hatten sich Hakim und seine Anhänger in der Situation der Asylsuchenden den vorherrschenden konservativen Perzeptionen zu fügen. Dies sollte sich mit der Integration der al-Hakim-Dynastie in die Übergangsregierung ändern. Als Nachfolger Ayatollah Mohammed Bakr al-Hakims fungiert dessen Bruder Abd al-Aziz al-Hakim. Dieser plädiert für eine Trennung von Staat und Religion und macht sich für einen demokratischen Irak stark.

Der Sohn des Groß-Ayatollah Abdelqasem al-Khoi (1899-1992),<sup>100</sup> Abdelmajid al-Khoi, der mit den Briten kooperierte, wurde ebenfalls von radikalen Schiiten ermordet. Groß-Ayatollah Khoi galt 40 Jahre lang als die Autoritätsperson innerhalb der Schia. Die Khoi-Anhänger stehen für einen liberalen Islam und fordern gleichberechtigte Staatsbürgerschaft für alle Irakis sowie die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie. Abdelmajid Khoi hatte den Versuch unternommen, eine schiitische Einheit zu kreieren. Die zentrale Khoi-Stiftung hat ihren Europa-Sitz in London.<sup>101</sup> Eine weitere politische Richtung innerhalb der Schia repräsentieren die Anhänger des Muqtada al-Sadr, des Sohnes des ermordeten Ayatollah Mohammed Bakr al-Sadr. Al-Sadr vertritt die radikalste Position in der schiitischen Gemeinschaft und strebt einen „Gottesstaat“ an. Als Resümee lässt sich ziehen, dass eine einheitliche schiitische Front auf der Basis des Nationalismus in naher Zukunft einen bedeutenden Gegenpol zum iranischen Schiitentum bilden kann. Schon jetzt läuft Najaf dem theologischen Zentrum in Qum den Rang ab. Politisch bedeutet es, dass die pluralistische Organisationsform in der Schia wiederbelebt und somit Raum für alternative Interpretationen geschaffen wird.<sup>102</sup>

100 Zur Biographie siehe: [www.al-islam.org/biographies/khoi.html](http://www.al-islam.org/biographies/khoi.html).

101 Die „Al-Khoi Foundation“ im Nordwesten Londons besteht aus einem islamischen Zentrum, einer Bibliothek, zwei Schulen und fungiert als Herausgeber der Monatszeitschrift al-Nur, die in arabischer und englischer Sprache erscheint. Vgl. hierzu Qolamreza Eslami, Qorube chorshide foqahat, Qum 1373/1994, S. 42.

102 Zu den verschiedenen schiitischen politischen Kräften im Irak siehe: Ferhard Ibrahim, Die politischen Kräfte im Irak nach dem Regimewechsel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/25, Bonn, 10. Juni 2003, S. 45-55.

## 5. Irans internationale Außenpolitik am Beispiel der Atompolitik

### 5.1 Atompolitik in der Schah-Ära

Entwicklung, Ausbau und Nutzung eines facettenreichen zivilen Nuklearprogramms sind ein ehrgeiziges Ziel, das es nicht erst seit dem Bestehen der Islamischen Republik gibt. Seine Anfänge gehen auf das Jahr 1957 zurück, in dem Iran mit den USA ein Abkommen im Rahmen des Programms „*Atoms for Peace*“ unterzeichnete. Zwei Jahre später trat Teheran der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) bei. Der erste Forschungsreaktor wurde 1959 von den USA an Iran geliefert. Etliche iranische Studenten wurden in den USA zu Nuklearphysikern ausgebildet. 1968 unterzeichnete Iran den Atomwaffensperrvertrag (NPT), der dann 1970 ratifiziert wurde. Schließlich statteten die USA Iran Ende der 60er Jahre mit einem kleinen Forschungsreaktor aus, der den „*IAEO-Safeguards*“ unterstellt ist. Dadurch erhielt Iran den Zugang zu ziviler nuklearer Technologie. Der Schah plante bis Mitte der 90er Jahre den Bau von 23 Kernreaktoren. Auch die europäischen Länder, allen voran Deutschland und Frankreich, unterstützten die ehrgeizigen Pläne des autoritären Schahs in vollem Umfang. Im Rahmen der deutsch-iranischen Kooperation wurde das Siemens-Tochterunternehmen „Kraftwerke-Union“ (KWU) mit dem Bau zweier Reaktoren in der südiranischen Stadt Bushehr beauftragt. Während des Ost-West Konflikts unterstützten die USA das iranische Prestigeprojekt.<sup>103</sup> Aufgrund der konventionellen militärischen Überlegenheit gegenüber seinen Nachbarstaaten (Türkei, Irak, Afghanistan, Pakistan) in den 70er Jahren sah der Schah jedoch keinen Anlass, die militärische Nutzung der Atomenergie voranzutreiben.<sup>104</sup>

Auch mit Blick auf die UdSSR und die iranischen Interessen in der Golfregion war Mohammad Reza Schah der festen Überzeugung, seinen Status quo mit konventionellen Waffen verteidigen zu können:

„He thought (with good reason) that the build-up of very sophisticated conventional military power in Iran would constitute a credible deterrent to any attempt by any of the countries in the region, with the notable exception of the USSR. In this vision, a powerful conventional armed force in the region was much more credible (and usable) than the acquisition of nuclear weapons.“<sup>105</sup>

Nichtsdestotrotz wurde in der Schah-Ära die Basis für ein Waffenprogramm mit Forschungsarbeiten zur Urananreicherung und Wiederaufbereitung von Brennstäben ge-

103 Vgl. Henning Riecke, *The Most Ambitious Agenda: Amerikanische Diplomatie gegen die Entstehung neuer Kernwaffenstaaten und das Nukleare Nichtverbreitungsregime*, Berlin, 2002, <http://www.diss.fu-berlin.de/2002/9/>.

104 Vgl. u. a. Akbar Etemad, Iran, in: Harald Müller (Hg.), *A European Non-Proliferation Policy. Prospects and Problems*, Oxford, 1987, S. 203-228; Gholam Reza Afkhami (Hg.), *Barnameh-ye enerji-ye atomi-ye iran, talash- ha va tanesh-haa (Iran's Atomic Energy Program)*, Foundation for Iranian Studies, 1997. Etemad war unter dem Schah der Direktor der Atomenergie Kommission.

105 Akbar Etemad, ebenda, S. 213.

legt.<sup>106</sup> Der Schah bezweckte damit, sich bei einer aus iranischer Sicht ungünstigen Verschiebung des strategischen Gleichgewichts am Persischen Golf die Option, über Kernwaffen verfügen zu können, auf lange Sicht offen zu halten.<sup>107</sup>

## 5.2 Atompolitik im postrevolutionären Iran

Mit der Islamischen Revolution endeten zunächst die Aktivitäten auf dem Gebiet der Nuklearforschung, und zwar aus ethischen Gründen: Massenvernichtungsmittel waren mit schiitischen Werten und Normen nicht vereinbar. Daher verweigerte der führende geistliche Rechtsgelehrte Ayatollah Khomeini die weitere Forschungserlaubnis. Die Konsequenz war, dass die führenden Nuklearforscher emigrierten und die amerikanischen und europäischen Kooperationspartner die Verträge mit Iran lösten. Erst der Einsatz von Chemiewaffen im Ersten Golfkrieg (1984) führte innerhalb der religiös-politischen Elite, allen voran bei Ayatollah Khomeini, zu der Entscheidung, das iranische Nuklearwaffenprogramm wieder aufzunehmen. 1984 entdeckte die IAEO größere Mengen an Uranvorkommen in Yazd (in Zentraliran). Parallel zum Atomprojekt wurde ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm aufgebaut.<sup>108</sup>

Während des Iran-Irak-Kriegs wurde die Anlage in Bushehr schwer beschädigt. Der Bau der dortigen Reaktoren wurde zwar von Siemens begonnen, dann aber auf Weisung der Bundesregierung gestoppt. Ende der 80er Jahre wurde Iran zunehmend mit der amerikanischen Eindämmungspolitik konfrontiert. Die USA versuchten hier erfolglos, den wichtigsten Nuklearhandelspartner Irans, Russland, im Kampf gegen die nukleare Proliferationsgefahr auf ihre Seite zu ziehen. Mitte der 90er Jahre erklärte sich Moskau bereit, die Anlage in Bushehr fertig zu stellen.<sup>109</sup> Die besondere Hinwendung zu Russland, China und Nordkorea ist als Konsequenz aus dem Abbruch der Beziehungen zu den USA seit der Islamischen Revolution zu sehen. China übernahm die Fertigstellung des nuklearen Forschungszentrums in Isfahan. Auf Drängen der USA zog sich schließlich China als Nuklearhandelspartner zurück. Die iranische Regierung betrachtet die Exportkontrollpolitik und Ausfuhrbeschränkungen seitens der amerikanischen Regierung bei Nukleartechnologien als Verletzung des Artikel IV des NVV. Der Vorwurf der USA hingegen lautet, Iran betreibe ein geheimes Nuklearwaffenprogramm.

Der Verdacht der heimlichen Urananreicherung und schließlich die Entdeckung von waffenfähigem Uran mit Hilfe der „Wischprobentechnik“ in der Elektrofabrik Kalai-e Electric im Süden der Hauptstadt Teheran durch IAEO-Inspektoren hatten zu einem Ultimatum der IAEO (IAEO-Resolution von 12. September 2003) geführt, das Teheran auf-

106 Vgl. ebenda, S. 206 f.

107 Vgl. Auszug aus Afkhami (Hg.), a.a.O. (Anm. 104), S. 7.

108 Vgl. Akbar Etemad, a.a.O. (Anm. 104), S. 206.

109 Zu den russischen Aktivitäten und der Zusammenarbeit mit den Iranern siehe: Robert J. Einhorn/Gary Samore, Ending Russian Assistance to Iran's Nuclear Bomb, in: *Survival*, Jg. 44, Nr. 2, London, Sommer 2002, S. 51-71.

forderte, sein Atomprogramm offen zu legen. Im August 2002 hatten iranische Exilgruppen, darunter die Oppositionsgruppe Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI), die Geheimdienste darauf aufmerksam gemacht, dass das Atomprogramm Irans umfangreicher sei als bisher vermutet. Die Organisation NWRI ist auch unter dem Namen „*Volksmojahedine Iran*“ bekannt und gilt als einer der heftigsten Widersacher der Islamischen Republik.<sup>110</sup>

Die geheime Atomanlage Natanz (160 Kilometer südöstlich von Teheran) wurde durch Satellitenbilder Ende 2002 entdeckt. Die IAEO-Inspektoren stellten im Nuklear-komplex in Natanz (20 Meter unter der Erde) Spuren hochangereicherten Urans sicher, woraufhin die Regierung in Erklärungsnot geriet. Schließlich teilte sie mit, dass die Zentrifuge bereits mit Uran verunreinigt gewesen sein müsse, bevor sie importiert wurde. Iran verfügt über nuklear-technische Anlagen in Bushehr<sup>111</sup>, Teheran<sup>112</sup>, Natanz<sup>113</sup>, Ramsar, A-rak (200 Kilometer südwestlich der Hauptstadt)<sup>114</sup>, Saghand bei Yazd<sup>115</sup> und Lashkar A-bad<sup>116</sup>. Außerdem existieren zwei Atommülllager in Karaj und Anarak. Die Zahl der Anlagen und die verschiedenen Standorte belegen, dass Iran bereits eine nukleare Infrastruktur aufgebaut hat, die er in den nächsten Jahren weiterhin auszubauen gedenkt.

Am 21. Oktober 2003 willigte die Regierung in Teheran ein, das von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) geforderte Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Nach langem Tauziehen unterschrieb der iranische Gesandte Ali Salehi am 18. Dezember das Zusatzprotokoll im Wiener Sitz der IAEO.<sup>117</sup> Damit kommt Iran den politischen Forderungen der Atomenergiebehörde formell nach, nämlich den IAEO-Inspektoren Zutritt zu den Atomanlagen zu gewähren, Berichte über den Import von Nuklear-Technik vorzulegen und mit der IAEO ein Zusatzabkommen zu unterzeichnen, das den IEAO-Inspektoren uneingeschränkte Rechte zu Kontrollen vor Ort einräumt. Außerdem wurde ausgehandelt, dass Iran die Anreicherung von waffenfähigem Uran aussetzt. Diese Entscheidung war Ergebnis der amerikanischen Drohkulisse und der europäischen Vermittlungsbemühungen. Damit wurde die amerikanische Drohung, im Falle eines Nicht-Kooperierens Irans den UN-Sicherheitsrat einzubeziehen, der dann entsprechende Sanktionen verhängen sollte, diplomatisch abgewendet. Nach Beendigung der Verhandlungen mit der IAEO im Oktober 2003 erklärte der iranische Außenminister

110 Vgl. Harald Müller, Nukleare Krisen und transatlantischer Dissens, Amerikanische und Europäische Antworten auf aktuelle Probleme der Weiterverbreitung von Kernwaffen, HSFK-Report 9/2003, Frankfurt/M., 2003.

111 Bushehr: Kernkraftwerk im Bau.

112 Teheran: Forschungsreaktor, Atomlabors, abgebaute Anreicherungsanlage. Der Name „Sharif University of Technology“ (SUT) wird in den Berichten mit der Entwicklung von Nukleartechnologie in Verbindung gebracht.

113 Natanz: Anreicherungsanlagen, Pilotanlage zu Uran-Anreicherung.

114 Schwerwasserreaktor in Planung, Schwerwasserfabrik im Bau.

115 Noch im Februar 2003 Uranabbau.

116 Anreicherungsanlage mit Lasertechnik (abgebaut).

117 Vgl. taz, 19. Dezember 2003.

Kamal Karrazi, dass die Anreicherung von Uran nur vorübergehend ausgesetzt worden sei. Diese Haltung und die Entdeckung von nicht deklarierten Zentrifugenmodellen durch IAEA-Inspektoren führten am 13. März zu der Formulierung der Kritischen Resolution des IAEA-Direktoriums.<sup>118</sup> Bereits im Februar 2004 legte die IAEA einen Bericht vor, aus dem hervorgeht, dass Iran zwar Kooperationsbereitschaft gezeigt, gleichzeitig jedoch wichtige technische Bauvorlagen nicht deklariert habe. Der Konflikt geht um die Baupläne für die P-2 Zentrifuge, mit der Uran so stark angereichert werden kann, dass es als Sprengstoff in Atombomben verwendbar wäre.<sup>119</sup> Als Reaktion auf die Kritische Resolution setzte Iran, unter dem Vorwand der Neujahrsfeierlichkeiten (*Noruz*), die Inspektionen aus. Erst auf amerikanischen Druck hin, dem sich in diesem Fall die Europäer anschlossen, stimmte man zu, die Inspektionen wieder aufzunehmen.<sup>120</sup>

### 5.3 Die regionale Logik der iranischen Sicherheitsstrategie (*esterategi-ye amniati*)

Die regionale Logik der iranischen Sicherheitsstrategie beruht auf dem Zusammenwirken mehrerer Faktoren. Zunächst erwuchs eine neue Sicherheitsstrategie aus den Erfahrungen des Krieges mit der Regionalmacht Irak in den 80er Jahren. Sodann dürfte einer der Hauptgründe für das neue Sicherheitsdenken der gesteigerte politische und militärische Einfluss der USA in der Golfregion nach dem 11. September sein: Iran fürchtet, die US-Präsenz am Persischen Golf werde früher oder später eskalieren und zu einem Angriff gegen das eigene Land führen. Der dritte Beweggrund, der aus iranischer Regierungssicht für ein nukleares Waffenprogramm spricht, ist der Faktor Israel. Ein eigenes Nuklearprogramm gibt Iran die Möglichkeit, ein Gleichgewicht zu Israels Nuklearwaffen zu schaffen.<sup>121</sup> Einer der zentralen Gründe für die Herausbildung der anti-amerikanischen Haltung ist die pro-israelische Außenpolitik der USA und die Allianz der Bush-Administration mit der israelischen Lobby in Washington, dem *American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)*.<sup>122</sup> Die amerikanischen Neokonservativen identifizieren sich seit dem Sieg der israelischen Streitkräfte im Sechs-Tage-Krieg 1967 stark mit den Israelis. Der israelische Staat wird als einzige Demokratie im gesamten Nahen und Mittleren Osten betrachtet. Die Aussage „*America's fate and Israel's fate are one and the same*“ macht die Grundposition der Neokonservativen in der Bush-Administration deutlich. Sie rechtfertigt ihre Verpflichtung, eine demokratische Nation immer mit allen Mitteln zu verteidigen, das heißt auch mit präventiver Kriegsführung und gewaltsamer Verbreitung der Demo-

118 Vgl. Item 5(a) of the provisional agenda (GOV/2004/1).

119 Vgl. ebenda, S. 8.

120 Vgl. [www.bbc.uk/iran/story/2004/03/printable/040315\\_la-iranbaradei.shtml](http://www.bbc.uk/iran/story/2004/03/printable/040315_la-iranbaradei.shtml).

121 Die amerikanische Führung achtet bei ihrer öffentlichen Präsentationen darauf, dass ein Symmetrie-Argument nicht aufkommt.

122 Vgl. u. a. James A. Bill, *The Politics of Hegemony. The United States and Iran*, in: *Middle East Policy*, Jg. 8, Nr. 3, Washington, September 2001, S. 89-100; Oliver Thränert, *Der Iran und die Verbreitung von ABC-Waffen*, SWP-Studie, Nr. 30, Berlin, 2003.

kratie, mit dem sozialen Konstrukt des nationalen Interesses.<sup>123</sup> Auf amerikanischer Seite üben die so genannten „Denkfabriken“ (*Think Tanks*) einen großen Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess der Regierung aus, darunter das *American Enterprise Institute* (AEI) und das *Project for a new American Century* (PANC). In der wissenschaftlichen Literatur gilt es als wahrscheinlich, dass ihre langfristigen Pläne den Umsturz des verhassten *Mullah-Regimes* und die Reformierung bzw. Modernisierung des Islam beinhalten.<sup>124</sup> Israel hat das fortschrittlichste Nuklearprogramm im gesamten Nahen Osten. Trotzdem ist es dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) nicht beigetreten. Im Gegensatz zu Iran, der bereits 1970 den NVV unterschrieben hat, weigert sich Israel, es ihm gleichzutun. Außerdem lehnt Israel es ab, seine Atomanlagen unter IAEO-Aufsicht zu stellen. Der israelische Staat hat Iran des öfteren mit Krieg gedroht. Die israelische Atompolitik trägt so zum atomaren Rüstungswettlauf im Nahen Osten bei und wird von Teheran als Bedrohung für Frieden und Sicherheit wahrgenommen.<sup>125</sup>

Aus der Analyse der regionalen Logik der iranischen Sicherheitsstrategie am Beispiel Israels folgt mithin, dass die gängige kategorische Unterscheidung zwischen „Reformern“ und „Konservativen“ nicht immer zutrifft und irreführend wirken kann. Spätestens mit der Betonung des „friedlichen Charakters des Kernenergieprogramms“ des als liberal und reformorientiert geltenden Staatspräsidenten Khatami und dem gleichzeitigen Aufruf des Vizepräsidenten Mohammad Reza Aref zur Teilnahme an den „Jerusalem-Tag-Demonstrationen“, (arab. „*Al-Quds*“ Demonstrationen<sup>126</sup>) am Ende des Fastenmonats Ramadan offenbart sich dies. Denn ob Reformier oder Konservative, beide verfolgen dieselben außenpolitischen Ziele in Bezug auf den Palästinakonflikt und den Umgang mit dem US-Verbündeten Israel. Die Polarisierung der politischen Positionen erweist sich nicht nur auf der Ebene der internationalen Beziehungen als problematisch, sondern auch bei der Analyse der innenpolitischen Entwicklungen.<sup>127</sup>

Eine weitere Motivation für die Schaffung einer eigenen atomaren Infrastruktur ist darin zu sehen, dass sowohl Pakistan als auch Indien über ein eigenständiges militärisches

123 Einen Überblick über die Bush-Außenpolitik gibt: Ernst-Otto Czempel, *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, München, 2002.

124 Vgl. hierzu u. a. Alexandra Homolar-Riechmann, *Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung: Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46, Bonn, 10. November 2003, S. 33-40; Diane Stone, *Capturing the Political Imagination. Think Tanks and the Policy Process*, London, 1996; John Calabrese, *The United States and Iran without Illusions*, Middle East Institute Perspective, Washington, 10. June 2003.

125 Bereits im November 2003 hat der israelische Premierminister Ariel Scharon in einem Interview mit der britischen Zeitung *The Times* gefordert, Iran ins Visier zu nehmen, sobald das Irakproblem gelöst sei. Vgl. u. a. AFP 5. November 2002; Johannes Reissner, *Iran nach dem Irak-Krieg. Zwischen amerikanischem Druck und europäischer Annäherung*, SWP-Studie, Nr. 25, Berlin, Juni 2003; Patrick Clawson, *The Potential for Iran to Provoke Further Nuclear Proliferation in the Middle East*, in: Eugene Whitlock (Hg.), *Iran and Its Neighbors. Diverging Views on the Strategic Region*, SWP, Jg. 1, Berlin, Juli 2003.

126 Die Anti-Israelsche „Al-Quds-Demonstration“ geht auf Ayatollah Khomeini zurück, der diesen Tag zum internationalen „Al-Quds-Tag“ erklärte und zu Solidaritätsbekundungen mit den Palästinensern aufrief.

127 Vgl. IRNA, 17. November 2003.

Atomprogramm verfügen und keinerlei internationalen Kontrollen unterworfen sind. Die nuklearen Nachbarn haben somit vollendete Tatsachen für die sicherheitspolitischen Planungen Irans geschaffen. Als Fazit kann konstatiert werden, dass die Faktoren Israel und Südasien die regionalen und internationalen Sicherheitsinteressen Irans erheblich berühren.

#### **5.4 Positionen der Reformen, Erzkonservativen und pragmatisch orientierten Konservativen zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag**

Instrumentalisiert die US-Regierung den Atomstreit für Invasionsabsichten in Iran? Dies war die Frage, die in den iranischen Medien, der Öffentlichkeit und bei den politischen Entscheidungsträgern heiß diskutiert wurde. Allerdings gingen die Erzkonservativen, die pragmatisch orientierten Konservativen und die Reformen mit der Angst vor einer amerikanischen Invasion, der Verletzung der iranischen Souveränität und der existenziellen Bedrohung des „Gottesstaates“ in Verbindung mit dem iranischen Nuklearprogramm unterschiedlich um. Dies führte zu einem innenpolitischen Streit um die Offenlegung des Atomprogramms und die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls.

Anhänger des Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei plädierten dafür, das vom Gouverneursrat geforderte Zusatzprotokoll nicht zu unterzeichnen. Die Befürchtungen der Erzkonservativen gingen verstärkt dahin, dass dieses Ultimatum die Souveränität Irans antasten könne. Die vorherrschende Meinung innerhalb des konservativen Lagers war die, dass Washingtons Druck auf Teheran auch dann nicht nachlassen werde, wenn Iran das Zusatzprotokoll unterzeichne. Während Reformen und pragmatisch orientierte Konservative auf diplomatische Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien setzten, bedienten sich die Erzkonservativen des alten Feindbildes vom „Großen Satan“. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) wurde von den Erzkonservativen als Handlanger der USA denunziert, sie lehnten jeden Kooperationsversuch kategorisch ab. Die Reformen und pragmatisch orientierten Konservativen hingegen erkannten frühzeitig, dass angesichts des US-Drucks eine Politik der Deeskalation erforderlich war. So schwankte Iran zwischen Antiamerikanismus einerseits und Pragmatismus mit Kooperationsbereitschaft andererseits. Schließlich konnte sich die Strategie der Betonung des „friedlichen Charakters des Kernenergieprogramms“ durchsetzen. Damit schwenkten auch die Erzkonservativen um den Revolutionsführer auf die pragmatische Linie ein. Als Vertreter der pragmatischen Konservativen gilt Hassan Rowhani, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates. Rowhani führte die Verhandlungen mit den europäischen Vertretern über das iranische Nuklearprogramm. Die erfolgreiche Strategie des „friedlichen Charakters des Kernenergieprogramms“ geht auf seine Person zurück. Rowhanis Pragmatismus setzte sich auch durch, als es um die Frage der Wiederaufnahme der Inspektionen ging. Rowhani will die Inspektoren ohne Vorbedingung am 27. März 2004 wieder ins Land lassen und spricht von vertrauensbildenden Maßnahmen

(*etemad sazi*).<sup>128</sup> Für Rowhani ist die Frage der P-2-Zentrifuge und des Poloniums 210 keine politische (*siyasi*), sondern lediglich eine technische (*fani*).<sup>129</sup> Auf diese Weise konnte Iran vorerst, d.h. bis zur Sitzung des IAEO-Direktoriums im Juni 2004, verhindern, dass der Fall an den Weltsicherheitsrat weitergeleitet wird.

### 5.5 Die erfolgreiche Strategie des „friedlichen Charakters des Kernenergieprogramms“

Was beinhaltet die Strategie des „friedlichen Charakters des Kernenergieprogramms“? Ist sie reine Verschleierung? Gesichtswahrung? Behauptung eines verbrieften Rechts? Taktik zur Spaltung der Amerikaner und Europäer? Spielt das Regime auf Zeit? Wollen die Fraktionen der Reformer und pragmatischen Konservativen die Welt vor vollendete Tatsachen stellen? Wie konnte sich diese Strategie erfolgreich durchsetzen? Ein Bündel von Fragen, das beantwortet werden will.

Unabhängig von den inneren Diskursen im Parlament und bei den Freitagsgebeten begann die Regierung eine diplomatische „Strategieroute“ festzulegen. Häppchenweise wurden Informationen an die IAEO weitergeleitet, Zugeständnisse gemacht und Kooperationsbereitschaft signalisiert. Das Ergebnis der erfolgreichen Diplomatie der herrschenden Kleriker war die Strategie des „friedlichen Charakters des Kernenergieprogramms“. Iran behauptet offiziell, das Atomprogramm diene der zivilen Stromerzeugung. Für Präsident Khatami gilt das iranische Nuklearprogramm als ein nationales Recht des Landes, auf das er nicht verzichten möchte. Darüber hinaus macht Khatami klar, dass die Islamische Republik sich technisches Wissen und moderne Technologien aneignen dürfen muss.<sup>130</sup> Gleichzeitig versichert er, dass Iran den Besitz von Atomwaffen nicht anstrebe. Khatamis Insistieren auf der „friedlichen Nutzung“ erstaunt nicht; schließlich ist das laut Artikel IV des NVV Irans verbrieftes Recht. Mit seinen Zugeständnissen bestätigt Teheran, dass das Land ein Programm zur Urananreicherung unterhält. Der politische Konflikt ist darin zu sehen, dass die Urananreicherungsstätte in Natanz von der iranischen Regierung geheim gehalten und von der IAEO erst vor einem Jahr entdeckt wurde. Dem Bericht der Atomenergiebehörde zufolge hat Iran zwar gegen den Atomsperrvertrag verstoßen, doch habe er auch in der Sache mit der Atomenergiebehörde volle Kooperation gezeigt. Als positiv bewertet wurde der Verzicht Irans, in Natanz Uran anzureichern.<sup>131</sup>

Mit der verstärkten politisch-strategischen Hinwendung zu Europa erreichte Iran zweierlei: Er konnte verhindern, dass die Europäer sich den Forderungen der USA beugten, und er konnte erste diplomatische Erfolge verbuchen. Spätestens mit der Einladung

128 Vgl. [www.mfa.gov.ir/mfa/farsi](http://www.mfa.gov.ir/mfa/farsi), vom 1382/12/20 sowie vom 1382/12/21.

129 Vgl. IRNA, 14. März. 2004.

130 Zu Khatamis Ambitionen vgl. in Persisch: [www.isna.ir/news](http://www.isna.ir/news), vom 1382/12/27; ferner Die ZEIT, Nr. 45, 30. Oktober 2003.

131 Item 3(b) of the provisional agenda of the Board's meeting commencing on 20 November 2003, (GOV/2003/71).



der deutschen, britischen und französischen Außenminister nach Teheran gelang es den iranischen Entscheidungsakteuren, die Europäer von ihrer „friedlichen Nutzung des Nuklearprogramms“ zu überzeugen. Amerikanische Kritiker hielten den Europäern vor, sich unter Erfolgsdruck auf die Linie Irans eingelassen zu haben. Indes ist die europäische Position, die Entwicklung moderner Technologien zu unterstützen, durchaus verständlich, wenn man sich auf den Artikel IV des NVV beruft, denn dieser verpflichtet zu internationaler Zusammenarbeit bei friedlicher Nutzung der Kernenergie.<sup>132</sup>

Die Mehrheit der Experten unterstellt, dass die Strategie des „friedlichen Charakters des Kernenergieprogramms“ reine Verschleierung ist und die *Mullahs* glauben, sich nur mit einer Atombombe gegen ihre Nachbarn und die Amerikaner behaupten zu können. Durch die Aussage des iranischen Verhandlungsführers und Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates, Hassan Rowhani, vom 24. Oktober 2003 sahen sich Kritiker in ihrer Überzeugung bestätigt. Rowhani teilte mit, dass Iran über die Technologie zur Urananreicherung verfüge und das Programm nicht aufgeben werde. Dies wurde als Indiz dafür gesehen, dass Iran mit der Vereinbarung drei Tage zuvor lediglich die vereinigte Front durchbrechen und Europa und die USA spalten wollte. Die IAEO-Inspektoren deckten Versuche zur Urananreicherung auf und warfen den Iranern mangelnde Kooperation vor. Dies führte, wie oben erläutert, im März 2004 zu der Kritischen Resolution des IAEO-Direktoriums.

Ob die beteuerten „friedlichen Absichten“ nichts als reine Verschleierung, Gesichtswahrung oder Spaltungsstrategie sind, sei dahingestellt. Gegenwärtig sollte man sein Hauptaugenmerk auf die Frage lenken, ob sich Iran Komponenten und Expertise für die Herstellung der Bombe beschafft, ohne aber mit dem Bau zu beginnen. Nicht ausgeschlossen ist, dass sich Iran, wie einst der Schah es tat, die Option offen halten will, jederzeit über Kernwaffen verfügen zu können. Die Betonung liegt dabei auf dem Begriff „Offenhalten“. Als Resümee kann festgehalten werden, dass die regionale Logik der iranischen Sicherheitsstrategie nur vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage zu verstehen ist. Die amerikanische Isolations- und Drohpolitik erweist sich hier als nicht eben konstruktiv, um Anreize für ein verändertes Sicherheitsdenken in Iran zu schaffen. In der aktuellen Sicherheitslage hätte womöglich auch der Schah den Befehl zur Produktion von Nuklearwaffen gegeben.<sup>133</sup> Vielleicht eröffnet der Ausgang der Parlamentswahlen zu Gunsten der pragmatisch orientierten Konservativen neue Chancen. Die Einhaltung der internationalen Abkommen über Nuklearmaterial könnte eine gute Basis für Verhandlungen mit Washington bieten. Denn im Gegensatz zu den Reformern konnten sich die pragmatisch orientierten Konservativen bisher als handlungsfähige Verhandlungspartner profilieren.

132 Vgl. Sarkohi, a.a.O. (Anm. 130), S. 14.

133 Diese Position vertritt Akbar Etemad in der Debatte um den Bau der iranischen Atombombe. Vgl. hierzu Christoph Plate/Markus Spillmann, Iran unter Druck. Die Zentrifugen von Natanz. Die Welt ist aufgeschreckt über Teherans Nuklearprogramm, NZZ am Sonntag, 12. Oktober 2003.

## 6. Fortsetzung der pragmatischen Außenpolitik?

### 6.1 Präsidentschaftswahlen 2005 – Wer ebnet dem friedlichen pragmatischen Aufbruch den Weg?

Die Reformen auf parlamentarischer Ebene sind vorerst gescheitert. Daran lässt sich eine Kräfteverschiebung weg von parlamentarischer Opposition hin zu einer gestärkten Zivilgesellschaft (*game-e ye madani*) ablesen. In Iran existiert zwar keine Zivilgesellschaft im westlichen Sinne, es gibt aber durchaus zivilgesellschaftliche Potenziale. Diese sind nicht per se für einen friedlichen Wandel und eine demokratische Transition, aber es gibt Kräfte, die eine Entwicklung in diese Richtung anstreben. Ob der pragmatische Aufbruch gewaltarm und friedlich verläuft oder nicht, wird sich in der näheren Zukunft zeigen. Entscheidend sind sicherlich die Präsidentschaftswahlen im Mai 2005.<sup>134</sup>

Obschon die Parlamentswahlen erst einige Wochen zurückliegen, schauen sich die Europäer nach verlässlichen Verhandlungspartnern um. Wer ist in der Position, mit Washington Gespräche und Verhandlungen einzuleiten? Dem iranischen Staatspräsidenten Khatami bleibt bekanntlich nur noch ein Jahr der stillen Diplomatie mit den Konservativen. Er hat zwei Legislaturperioden hinter sich, ein drittes Mal darf er nicht antreten. Die Reformer akzeptieren die Wahlergebnisse, sind aber zuversichtlich, in vier bis acht Jahren wieder die Mehrheit im Parlament stellen zu können. In den westlichen Medien wird bereits über mögliche Präsidentschaftskandidaten spekuliert. Drei Namen tauchen immer wieder auf: die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, der pragmatisch orientierte ehemalige Staatspräsident Rafsanjani und neuerdings der konservative Pragmatiker Hassan Rowhani.

Shirin Ebadi, die als Integrationsfigur der Frauenbewegung gilt, hat bereits vor den Parlamentswahlen ihre Ambitionen bestritten. Die Frauenbewegung wird zwar weiterhin als Motor für den gesellschaftlichen Wandel fungieren, beispielsweise bei der Sensibilisierung für die Einhaltung der Menschenrechte, dennoch wird sie es aufgrund der institutionellen Gegebenheiten schwer haben, überhaupt zur Kandidatur zugelassen zu werden.

Es spricht einiges dafür, dass Rafsanjani sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen wird. Als Vorsitzender des Schlichtungsrates, der zwischen dem Parlament (*Majles*) und dem erzkonservativen Wächterrat (*Shura-ye negahban*) vermittelt, übt der frühere Präsident großen politischen Einfluss aus. Der Name Rafsanjani steht für eine Mischung aus wirtschaftlicher Liberalisierung und außenpolitischem Pragmatismus. Rafsanjanis Machtposition erklärt sich auch aus den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten seiner gesamten Familie. Innerhalb der pragmatischen Fraktionen um ihn gibt es zwei Hauptströmungen bzw. Parteien, die jeweils von seinen beiden Töchtern gegründet wurden. Die eine gründete nach dem Scheitern Rafsanjanis bei den sechsten Parlamentswahlen die so genannte „Mäßigungs- und Entwicklungspartei“ (*hezbe e'tedal va to-*

134 Vgl. Omid Nouripour, Iran – Die Rolle der Zivilgesellschaft nach dem Scheitern der Reformen, i.D.

se'eh) und die andere „Diener des Aufbaus“ (*hezbe kargosaran-e sazandegi*). Beide Gruppierungen bestehen aus Technokraten. Der Kernunterschied zwischen ihnen ist die unterschiedliche Akzentuierung der kulturellen Werte. Die erstgenannte Partei deckt sich in ihren Wertvorstellungen mit den pragmatisch orientierten Konservativen. Im Gegensatz zu ihnen sympathisieren die Kargosaranmitglieder mit den Reformern.<sup>135</sup> Unabhängig von der Entwicklung und Etablierung der Parteien um Rafsanjani gibt es aber auch Gründe dafür, dass er sich wahrscheinlich nicht als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen wird. Um seine Person gab es im Vorfeld der sechsten Parlamentswahlen im Februar 2000 heftige Auseinandersetzungen, die schließlich zu seinem Verzicht auf eine Kandidatur führten. Im Falle einer Kandidatur bleibt abzuwarten, ob er tatsächlich dann das Vertrauen der Wähler für sich gewinnen kann.

Ein aussichtsreicherer Kandidat scheint der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Hassan Rowhani, zu sein. Er hat bereits bei den Verhandlungen um das iranische Nuklearprogramm diplomatisches Geschick bewiesen. Seine Befürworter schätzen an ihm seine Durchsetzungsfähigkeit und Dynamik, die dem amtierenden Staatspräsidenten fehlen. Rowhani genießt das Vertrauen des Revolutionsführers und pflegt guten Kontakt zu Rafsanjani. Die Mischung aus Pragmatismus und konservativer Grundhaltung scheint eine realistische Alternative zu sein. Gerade als pragmatisch orientierter Konservativer wäre ein Staatspräsident Rowhani in der Lage, die bilateralen Beziehungen zu Washington zu verbessern.

Die kommenden Monate werden mehr Aufschluss darüber geben, ob die vorgestellten potenziellen Präsidentschaftskandidaten sich tatsächlich der Wahl durch das Volk stellen werden. Eines haben sie alle gemeinsam: Der Weg, den sie einschlagen wollen, führt nicht „zurück ins Mittelalter“, sondern zu pragmatischem Aufbruch.

## 6.2 Lernprozess im Gottesstaat

Die Frage, ob der Pragmatismus im nachrevolutionären Iran sich auf Dauer durchsetzen kann und wie die pragmatische Elite mit außenpolitischen Herausforderungen auf regionaler und internationaler Ebene umgehen wird, steht immer häufiger im Mittelpunkt der international geführten Diskurse über das künftige Staats- und Entwicklungsmodell des Landes. Der Prozess des sozialen und politischen Wandels auf der Basis des Pragmatismus schuf 1989 die Grundlage für eine Erweiterung der Optionen der iranischen Außenpolitik. Trotz einer innergesellschaftlich kontrovers geführten Debatte von hoher Dynamik konnte sich die politische Strategie des Pragmatismus behaupten. Von wesentlicher Bedeutung für die Durchsetzung der pragmatischen Linie sind die religiös-intellektuellen Diskurse über die Wandelbarkeit der religiösen Erkenntnisse.<sup>136</sup>

135 Vgl. Hossein Seifzadeh, *The Landscape of Factional Politics in Iran*, Middle East Institute Perspective, Washington, 20. August 2002.

136 Vgl. auch Torsten Wöhlert, *Iran: Die pragmatische Republik Gottes? Transformationen im Zeichen des Krieges*, Frankfurt/M., 1993.

Nicht mehr Konfrontation, sondern Kooperation ist seither die Leitlinie der Außenpolitik. Das Fehlen eines charismatischen Revolutionsführers und die Etablierung einer bürokratisch-pragmatischen Elite machen die Transformation des Herrschaftscharakters und zugleich die Legitimationsdefizite des Staates deutlich. Wie die Erzkonservativen mit der mangelnden Legitimation umgehen, hat sich exemplarisch in der Irakkrise und in der Atomfrage gezeigt: Sie setzen nach wie vor auf das Feindbild USA. Denn trotz pragmatischer Außenpolitik besitzen die in der Khomeini-Ära herrschenden Interpretationsmuster im ultrakonservativen Lager immer noch ihre Gültigkeit. Der von den pragmatisch orientierten Konservativen eingeschlagene Kurs eröffnet neue Chancen für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zu den USA. So kristallisiert sich eine weitere außenpolitische Option heraus: eine andere Interpretation der Wirklichkeit im Sinne einer Neuformulierung der nationalen Interessen Irans. Doch dies kann nur durch Kommunikation in einem wechselseitigen Lernprozess erreicht werden. Der Streit um das Atomprogramm Irans markiert den Höhepunkt des bilateralen Konflikts mit den USA; gleichzeitig kann er die Wende zu einer neuen Epoche der Entspannungspolitik sein, vorausgesetzt, Iran kommt langfristig den Forderungen der IAEO nach und unterstützt den Demokratisierungsprozess im Irak. Eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den USA könnte Katalysatorfunktion haben und sich positiv auf den Friedensprozess im Nahen Osten auswirken.

Der Weg der „Entideologisierung der Religion“ bietet Iran die Möglichkeit, seine Geschichte neu zu schreiben und das in der Staatsideologie vorherrschende Feindbild USA abzubauen. Die ersten Anzeichen einer solchen Revision sind schon erkennbar und können als positiver Ansatz zu Kooperationspolitik gewertet werden. Offenbar hat ein wichtiger Teil der politischen Elite aus den Erfahrungen der Isolation durch die internationale Staatengemeinschaft gelernt, dass die kurzfristige Strategie der „Hinwendung zu Europa“ langfristig nicht ausreichen wird, um die Überlebensfähigkeit des politischen Systems sicherzustellen. Mit anderen Worten: Die Anerkennung der Islamischen Republik durch die USA ist für die herrschende Elite von existenzieller Bedeutung. Das Beispiel der Katastrophenhilfe für die Erdbebenopfer der historischen Stadt Bam ist nach 25 Jahren „Eiszeit“ der erste Hinweis auf eine mögliche politische Annäherung zwischen den beiden Ländern: Die USA gestatteten die teilweise Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Iran für einen Zeitraum von 90 Tagen. Auf iranischer Seite ist allein der Umstand, dass der Revolutionsführer Hilfe vom „Großen Satan“ annimmt, an sich schon als pragmatisch und realitätsbewusst zu bezeichnen.<sup>137</sup>

Die hier dokumentierte Neuausrichtung der iranischen Außenpolitik bleibt nicht ohne Wirkung auf die Gegenseite. An jüngsten Äußerungen von Vertretern der US-Administration lässt sich ablesen, dass die amerikanische Iran-Politik durchaus kein einseitiges, isoliert zu betrachtendes Agieren ist; vielmehr stellt sie sich als Teil eines reziproken Prozesses dar. So beurteilte der amerikanische Außenminister Colin Powell in einem

137 Der erste offizielle Kontakt wurde zwischen US-Vizeaußenminister Richard Armitage und dem iranischen UN-Botschafter Mohammad-Dschawad Sarif in New York in Bezug auf die humanitäre US-Hilfe hergestellt.

Interview der „Washington Post“ die Kooperationsbereitschaft Irans im Atomkonflikt als positiv. Weiter führte er aus, dass sich aus der aktuellen iranischen Außenpolitik eine neue Haltung im Umgang mit diesen Themen herauslesen lasse. Diese so genannte „neue Haltung“ veranlasst das Außenministerium, die eigene Iran-Politik zum dritten Mal während der Amtszeit Präsident Bushs zu überprüfen. Nachdem Bush sich positiv zur Wiederaufnahme des Dialogs mit Iran geäußert hatte, reagierte die Regierung in Teheran auf die amerikanischen Signale ihrerseits positiv.<sup>138</sup> Ob diese Signale tatsächlich zu einer nachhaltigen Verbesserung der politischen Beziehungen beider Länder führen werden, bleibt abzuwarten.<sup>139</sup>

Ein Wahlsieg der Reformer hätte eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA und die Ratifizierung des Zusatzprotokolls begünstigt. Der Sieg der pragmatisch orientierten Konservativen bei den Parlamentswahlen am 20. Februar 2004 impliziert jedoch nicht per se die Abwendung von den Bemühungen um eine Rückkehr in die internationale Gemeinschaft. Eine Fortsetzung der pragmatischen Linie durch die pragmatisch orientierten Konservativen, die auf Diplomatie und nicht auf Gewaltanwendung und Feindbildkonstruktion setzt, könnte Iran helfen, den politischen Herausforderungen in der Kaspischen Konfliktregion und in der Golfregion eher kooperativ zu begegnen. Möglicherweise könnte Iran als Stabilitätsfaktor in der Region eine wichtige Rolle spielen und für wirtschaftlichen Aufschwung sorgen.

Die Prognose, das politische System Irans werde infolge des amerikanischen Drucks und des vorläufigen Scheiterns der innenpolitischen Reformen implodieren, hat sich nicht bewahrheitet: Die iranische Herrschaftsordnung hat sich als komplexer und flexibler erwiesen.<sup>140</sup> Dies wiederum bestätigt die These von der Wandlungsfähigkeit der iranischen Regierung in Zeiten des durch externe und interne Kräfte induzierten eingegengten politischen Spielraums. Wegen der inhärenten Wandelbarkeit des islamischen Regimes war es gerade vorhersehbar, dass die amerikanischen Bestrebungen, eine Implosion in Iran herbeizuführen, scheitern würden.<sup>141</sup> Mehr noch: Es ist durchaus denkbar, dass sich diese Wandlungsfähigkeit in bisher für unmöglich gehaltener Form manifestiert. Um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA zu erreichen, könnte sich die iranische Regierung genötigt sehen, eine einheitliche Position einzunehmen. Das Lager der

138 Zu Khatamis und Rafsanjanis Reaktionen auf die Ansprache des amerikanischen Präsidenten vgl. auch Iran-Report, Nr. 1, Berlin, 2004.

139 Laut einer Meldung der ISNA sind im Vorfeld der Wahlen führende Abgeordnete vom Wächterrat, darunter der Vorsitzende des außenpolitischen Parlamentsausschusses, Mohsen Mirdamadi, von den Wahlen ausgeschlossen worden. Mirdamadi zählt zu den bekanntesten iranischen Reformpolitikern. Das iranische Innenministerium bezeichnete das Kandidaturverbot für Reformer als „nicht-verfassungskonform“. Vgl. AFP-Meldung, 12. Januar 2004.

140 Iran gilt bei ausländischen Unternehmern als wirtschaftlich und politisch stabil. Dies belegt die Entscheidung des Renault-Konzerns, 700 Millionen Euro in die Errichtung einer Autofabrik zu investieren. Vgl. hierzu Bernard Hourcade, Iran ist ein Land, das seine Islamische Revolution hinter sich hat, in: *Le Monde diplomatique*, 13. Februar 2004, S. 12 f.

141 Der Streit zwischen den Reformern und dem Wächterrat stellt kein Novum dar. Der aktuelle Disput ist in seiner Intensität mit der Debatte über die Machtkompetenzen des Staatspräsidenten vergleichbar.

Erzkonservativen würde dann eines seiner zentralen Themen verlieren: das Feindbild USA.

Für Europa und Washington sollte die Devise gelten, ihrerseits ihre Politik gegenüber Iran zu überdenken. Konkret bedeutet dies, außer mit den bereits bekannten Reformkräften auch mit den pragmatisch orientierten Konservativen einen Dialog über die Verbesserung der Sicherheitsstrukturen am Persischen Golf und Kaspischen Meer zu führen. Ziel des Dialogs sollte sein, Vertrauen aufzubauen und die bestehenden Feindbilder abzubauen, sprich: Iran als einen wichtigen regionalen Hegemon anzuerkennen. Ein formeller bilateraler Nichtangriffspakt mit den USA würde die Kooperationsbereitschaft Irans gewiss deutlich steigern. Auf diese Weise könnte der Westen Iran eine erfolgreiche Integration in die internationale Gemeinschaft ermöglichen und damit langfristig auch eine friedliche und gewaltarme Demokratisierung im Innern fördern. Umgekehrt würde die Fortsetzung der amerikanischen Isolationsstrategie innenpolitische Reformen in Iran erschweren und Teherans gute Ansätze zu einer pragmatischen Außenpolitik diskreditieren.

## **Anhang**

### Anhang I: Abkürzungsverzeichnis

AEI	American Enterprise Institute
AIPAC	American Israel Public Affairs Committee
AIOC	Anglo-Iranian Oil Company
BBC	British Broadcasting Corporation
CIA	Central Intelligence Agency
DPK-Irak	Demokratische Partei Kurdistans-Irak
IAEO	International Atomic Energy Agency
IPIS	Institute for Political and International Studies (Teheran)
IRP	Islamische Republik Iran
ISAF	Internationale Afghanische Schutztruppe
ISNA	Iranische Studenten-Nachrichtenagentur
KWU	Siemens-Tochterunternehmen Kraftwerke-Union
MEI	Middle East Institute
MWL	Muslim World League
NLA	Nationale Befreiungsarmee
NPT	Non-Proliferation Treaty
NVV	Nichtverbreitungsvertrag
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OIC	Organisation of the Islamic Conference
PANC	Project for a new American Century
PUK	Patriotische Union Kurdistan
SAVAK	Geheimdienst in der Schah-Ära
SCIRI	Supreme Council of the Islamic Revolution in Iraq
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik

## Anhang II: Glossar

**Aschura:** Der 10. Tag des Trauermonats Muharram, Jahrestag von Husains Tod bei Kerbela. (Höhepunkt der Feierlichkeiten stellen Passionsspiele, d.h. Nachstellung der Ereignisse von Kerbela und Prozessionen, dar).

**Ayatollah:** Wörtlich: Wunderzeichen Gottes, wird als Titel für einen hochrangigen Mujtahid verwendet.

**Azari-Bevölkerung:** Größte ethnische Minderheit in Iran.

**Fada iyan-e eslam:** Islamisch-fundamentalistische Gruppierung, die von Navab Safavi in den 40er Jahren gegründet wurde.

**Faqih (Pl. Foqaha):** Islamischer Rechtsgelehrter

**Fatwa:** Religiöses Rechtsgutachten, das von einem Mujtahid erlassen werden kann.

**Feqh:** Islamische Jurisprudenz

**Imam:** Oberhaupt und Anführer der Gemeinschaft der schiitischen Gläubigen

**Instanz der Nachahmung:** Der Theologe von höchstem Rang im Schia-Klerus darf aufgrund seines Wissenstandes die islamischen Quellen interpretieren. Er wird von den nachahmenden Schiiten als Vorbild angesehen.

**Majles:** Das iranische Parlament

**Majles-e khobregan:** Expertenrat

**Marja'-e taqlid:** Wörtlich: Instanz bzw. Quelle der Nachahmung, der Theologe von höchstem Rang im Schia-Klerus. Er wird von den Schiiten als Vorbild angesehen.

**Mullah:** Niederer Geistlicher, meist Prediger

**Shura-ye negahban:** Wächterrat. Der zwölköpfige Wächterrat ist befugt, die Vereinbarkeit der vom Parlament gebilligten Gesetze mit dem schiitischen Islam festzustellen. Darüber hinaus überwacht er alle Wahlen und ist für die Auslegung der Verfassung zuständig.

**Schah:** Titel des persischen Monarchen

**Schia:** Wörtlich: Partei Alis. Ali, Muhammads Vetter und Schwiegersohn, wird von den Schiiten als der einzige rechtmäßige Erbe und Nachfolger des Propheten angesehen.

**Velayat-e faqih:** Herrschaft des religiösen Rechtsgelehrten

**Quietistisch/Quietismus:** nach innen gerichtet sein. Das Warten auf die Wiederkehr des Verborgenen Imams. Die Wartezeit ist keine aktive, sondern passive Zeit.

**Usulis:** Anhänger der im 18. Jh. unter der Führung von Aqa Muhammad-Baqer Behbahani entstandenen Schule, die unter Berufung auf Prinzipien (Usul) den Ulama die religiöse Autorität über die Gemeinschaft der Gläubigen und die Berechtigung zum Ijtihad zuspricht. Dieser Zuspruch gilt ausschließlich für die Zeit, in der der 12. Imam in der Verborgenheit lebt. Gegner der so genannten Akhbaris.